

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt und Klimaschutz

25 Jahre Mensch, Umwelt, Zukunft



Inhalt

Grußwort Hans-Heinrich Sander, Niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz	Seite 2
Grußwort David McAllister, Niedersächsischer Ministerpräsident	Seite 3
„Gut sortiert sitzt Du zwischen allen Stühlen“ Dr. Werner Remmers, Umweltminister von 1986 bis 1990	Seite 5
„Wie eine Aktivistin, die gerade ein Schiff erobert“ Monika Griefahn, Umweltministerin von 1990 bis 1998	Seite 18
„In mühseliger Kleinarbeit hat er die Dinge befriedet“ Wolfgang Jüttner, Umweltminister von 1998 bis 2003	Seite 28
„An unserem Umweltminister werden Sie sich die Zähne ausbeißen“ Hans-Heinrich Sander, Umweltminister seit 2003	Seite 34
Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	Seite 42
Innenleben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erinnern sich	Seite 44
Denkmal Umweltministerium	Seite 50



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz blickt in diesem Jahr auf eine inzwischen 25-jährige Erfolgsgeschichte zurück. Entstanden als Reaktion auf die verheerende Katastrophe von Tschernobyl, widmen sich mein Haus und seine engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits seit dem Jahre 1986 der wichtigen Aufgabe des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Umweltschutz als Daueraufgabe hat sich dabei im Laufe der Jahre zu einem Kerngebiet auch der niedersächsischen Landespolitik entwickelt, in dem wir bereits zahlreiche Erfolge erreichen konnten.

Mensch, Umwelt, Zukunft – nach diesem Motto verfolgt die Niedersächsische Landesregierung das Ziel, unsere Umwelt für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere auch für die kommenden Generationen nachhaltig zu schützen. Moderne Umweltpolitik muss daher stets zwischen den ökologischen, ökonomischen und den sozialen Interessen der Menschen abwägen. Es ist meine feste Überzeugung, dass Politik nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort erfolgreich sein kann.

Mit dieser Festschrift bieten wir Ihnen einen kleinen Einblick in das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, seine Aufgabengebiete und die bisher erzielten Erfolge. Für ihr Engagement für unser Land danke ich an dieser Stelle auch meinen Vorgängern im Amt. Mit ihrem „Blick von außen“ erinnern in dieser Festschrift die

beiden Autoren Rolf Zick und Hans Brinkmann auf sehr unterhaltsame Weise an die Anfänge des Umweltministeriums und die politische Entwicklung bis heute.

Danken möchte ich zudem all den Menschen in unserem Land, die für den Umweltschutz unverzichtbar sind. Damit meine ich zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, ohne die die alltägliche Arbeit nicht zu bewältigen ist. Mein Dank geht aber auch an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen, die allein oder gemeinsam in Verbänden durch ihre ehrenamtliche Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass Niedersachsen weiterhin eine so gesunde und lebenswerte Heimat bleibt. Ohne dieses freiwillige Engagement wäre eine erfolgreiche und nachhaltige Umweltpolitik in unserem Land nicht möglich.

Lassen Sie uns in diesem Sinne auch weiterhin gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben angehen.

Ihr

Hans-Heinrich Sander
Niedersächsischer Minister
für Umwelt und Klimaschutz



Lieber Hans-Heinrich Sander,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
im Niedersächsischen Ministerium für
Umwelt und Klimaschutz,

zum 25-jährigen Bestehen Ihres Hauses spreche ich Ihnen herzliche Glückwünsche aus. 25 Jahre sind eine beeindruckende Zeit. Einige von Ihnen werden sicherlich noch gut in Erinnerung haben, wie der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht im Juli 1986 in der ersten Plenarsitzung seiner vierten Amtsperiode das Umweltministerium aus der Taufe hob und Werner Remmers zum ersten Niedersächsischen Umweltminister ernannte.

Vor 25 Jahren ist damit ein wegweisendes und bedeutendes Kapitel für das Land Niedersachsen aufgeschlagen worden. Der Naturschutz, die Luftreinhaltung und Abfallentsorgung, der Hochwasserschutz und die Wasserwirtschaft und nicht zuletzt die Atomaufsicht und die Endlagerfrage sind seitdem wichtige politische Themen auf unserer Agenda. Erwähnen möchte ich auch das 2008 neu hinzugekommene Schwerpunktthema Klimaschutz.

Die Landesregierung ist stolz, das 25-jährige Jubiläum seines jüngsten Ressorts mit dem am längsten amtierenden Umweltminister zu feiern. Die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes liegen nun schon seit über acht Jahren in den erfahrenen Händen von Hans-Heinrich Sander.

In diesen Tagen schreibt das Umweltressort mit der Energiewende besondere Geschichte. Niedersachsen liegt vorn bei der Erzeugung von Erneuerbaren Energien. Das ist die Zukunft.

Auf diesem Weg wünsche ich Ihnen anhaltenden Erfolg und setze auch weiter auf das Engagement und den tatkräftigen Einsatz für den Umwelt- und Klimaschutz in Ihrem Hause.

David McAllister
Niedersächsischer Ministerpräsident

Umweltminister seit 1986



Dr. Werner Remmers †
1986 bis 1990



Monika Griefahn
1990 bis 1998



Wolfgang Jüttner
1998 bis 2003



Hans-Heinrich Sander
seit 2003

„Gut sortiert sitzt Du zwischen allen Stühlen“

Dr. Werner Remmers
Umweltminister von 1986 bis 1990

Von Rolf Zick

Die Ursprünge des Niedersächsischen Umweltministeriums reichen bis weit in die 1970er Jahre zurück. Es war die Zeit, als sich der Umweltschutz zu einer Bewegung entwickelte, begleitet von den ersten Mahnungen des Club of Rome und des damaligen niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, der im Juli 1978 aus der CDU austrat, die erste deutsche Umweltpartei gründete und fortan als erster „Grüner“ galt. Mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dem Bau der ersten Kernkraftwerke – in Niedersachsen 1972 Unterweser, 1976 Grohnde und 1982 Lingen/Emsland – begann gleichzeitig die Antiatombewegung, die unser Land jahrzehntelang bis zum heutigen Tag in Atem halten sollte. „Gorleben“ stand wie ein Menetekel, wie ein geheimnisvolles Anzeichen eines drohenden Unheils am niedersächsischen Himmel über dem Wendland.

Ein Blick in die Vorgeschichte des ersten Umweltministeriums in Niedersachsen ist sehr interessant. Die im Juni 1982 mit absoluter Mehrheit wiedergewählte niedersächsische CDU-Landesregierung ahnte offensichtlich, was auf sie „in Sachen Umwelt“ zukommen würde. Der damalige Staatssekretär im Niedersächsischen Bundesratsministerium, Dieter Haaßengier, erinnert sich noch gut daran, dass sein Chef, Minister Wilfried Hasselmann, während seiner Geburtstagsfeier am 23. Juli 1982 auf seinem Hof in Nienhof

bei Celle in vertraulicher Runde berichtete, Ministerpräsident Ernst Albrecht wolle die Abteilung V aus dem Niedersächsischen Sozialministerium in das Bundesratsministerium verlagern. Offensichtlich glaubte man, Sozialminister Hermann Schnipkoweit, ein gestandener Bergmann aus dem Kalischacht, sei mit den künftigen Aufgaben fachlich und politisch überfordert. So wechselten Gewerbeaufsicht, Immissionsschutz, anlagen- und produktbezogene Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung sowie die Referate Kernenergie, Strahlenschutz und Kernkraftwerke, nukleare Ver- und Entsorgung und Anlagensicherung bei kerntechnischen Anlagen unter Hasselmanns und Haaßengiers Aufsicht. Ihnen war klar, dass in dieser neuen Abteilung viel politischer Sprengstoff steckte. Weil mit dem Umzug auch eine Reihe hochqualifizierter Fachleute mit SPD-Parteibuch ins Bundesratsministerium wechselte, kam aus der Opposition kein Widerstand. Viel weiter aber mochten der Ministerpräsident und sein Stellvertreter Hasselmann offenbar nicht gehen. Der damalige umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kurt-Dieter Grill aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, der das erste Umweltschutzprogramm der CDU in Niedersachsen ausgearbeitet hatte, scheiterte im Februar 1986 auf dem CDU-Landesparteitag mit dem von der Jungen Union eingebrachten Antrag auf

Einrichtung eines Umweltministeriums in der niedersächsischen Landesregierung. Der Abgeordnete Grill, Vorsitzender der 1979 vom Landkreis Lüchow-Dannenberg gegründeten „Gorleben-Kommission“, wäre gern der erste niedersächsische Umweltminister geworden.

Tschernobyl brachte die große Wende

Am 26. April 1986 geschah die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Ukraine. Das brachte eine Wende in der gesamten Umweltpolitik, insbesondere in Deutschland und in Niedersachsen. Nichts war mehr so, wie es vorher einmal war. In der niedersächsischen Landesregierung wurde sofort ein Krisenstab eingerichtet, als die ersten Folgen der über den halben Erdball ziehenden Strahlenwolke bemerkbar und überall radioaktive Verseuchungen von Boden und Pflanzen gemeldet wurden. Er tagte unter dem Vorsitz des für Kernkraftwerke zuständigen Staatssekretärs Haaßengier rund um die Uhr.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hatte auch unmittelbare aktuelle politische Folgen, denn er platzte mitten in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 15. Juni 1986 hinein. Mit einem Mal hatte Atompolitik höchste Priorität. In der Bevölkerung machte sich Angst breit. Die SPD unter ihrem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder erkannte die Situation sofort. Schröder witterte Morgenluft und sprang auf den „Atom-Zug“ auf. Die Wahlkampfmanager der CDU, Gene-

ralsekretär Martin Biermann und Staatssekretär Haaßengier, erkannten, dass mit dem bisherigen Wahlkampfslogan „Weiter so“ unmöglich weitergemacht werden konnte. Sie setzten sich gegen den zunächst zögernden Ministerpräsidenten Albrecht mit einem neuen Konzept durch. Der Regierungschef wollte mit einer Aufklärungsaktion die Wähler davon überzeugen, dass die deutschen Kernkraftwerke einen weitaus höheren Sicherheitsstandard hätten und mit dem sowjetischen Meiler von Tschernobyl nicht zu vergleichen seien. Aber in der aufgeschreckten Bevölkerung ging es um Emotionen, nicht um rationale Argumente. So hieß das neue Wahlkampfthema der CDU: „Stoppt Rot-Grün“. Die Grünen hatten zunächst offensichtlich andere, größere Sorgen. Denn auf ihrem Bundesparteitag in Mai 1986 in Hannover beschlossen sie die Forderungen, die politischen Gefängnisse, den Verfassungsschutz und die Bereitschaftspolizei abzuschaffen und aus der NATO auszutreten.

Bei der Landtagswahl am 15. Juni 1986 verlor die CDU ihre absolute Mehrheit. Es reichte gerade noch für eine Koalition mit der FDP bei einer einzigen Stimme Mehrheit gegen SPD und Grüne im Landesparlament. Wahlforscher haben später bestätigt, dass die CDU, wenn 14 Tage früher gewählt worden wäre, die Wahl verloren, und wenn 14 Tage später gewählt worden wäre, die Wahl klar gewonnen hätte. Das waren die Auswirkungen von Tschernobyl auf die Stimmung in der niedersächsischen Wählerschaft.

CDU-Allzweckwaffe Werner Remmers wird erster Niedersächsischer Umweltminister

Bei der Regierungsbildung 1986 in Hannover gab es zwei Knackpunkte. Zunächst wollte die FDP nicht, wie eigentlich angenommen worden war, für den FDP-Landesvorsitzenden, den Landwirt Heinrich Jürgens, das Landwirtschaftsministerium, sondern das Bundesratsministerium. Jürgens, von 1979 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments, hatte für sich und seine Partei Europa entdeckt und wollte in Niedersachsen ein Europaministerium schaffen. Also musste Minister Hasselmann weichen, er bekam das Innenministerium.



Das neue Kabinett von Niedersachsen im Jahre 1986. Foto: dpa

Dann war da noch die hochbrisante Baustelle Umwelt und Kernenergie. Die Gründung eines eigenen Ministeriums lag praktisch in der Luft. Und außerdem war da auch noch Werner Remmers, die politische Allzweckwaffe der CDU in Niedersachsen. Der 1930 in Papenburg an der Ems geborene Sozialwissenschaftler und Verfechter der reinen katholischen Lehre war von 1978 bis 1982 Niedersächsischer Kultusminister gewesen. Er hatte sich um die Schulpolitik und den Schulfrieden im Land große Verdienste erworben, nachdem er sich mit seinem Vorgänger im Amt, dem niedersächsischen SPD-Chef und SPD-Chefideologen Peter von Oertzen, im Landtag rhetorisch unvergessene Redeschlachten geliefert hatte. In den insgesamt zehn Jahren als Kultuspolitiker hatte sich Remmers, der frühere Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses – Heimvolkshochschule, Bildungsstätte und katholische Akademie – in Lingen-Holt hausen, vor allem auch als Brückenbauer zu den SPD-Vorstellungen von der Schulpolitik einen Namen gemacht.

Als nach der Landtagswahl 1982 die CDU-Fraktion keine Freude mehr an ihrem Fraktionsvorsitzenden Bruno Brandes hatte, weil seine Eskapaden und Kapriolen für manche Zeitgenossen zwar interessant und amüsant, aber für seine Partei nicht gerade hilfreich waren, und weil der bisherige CDU-Landtagspräsident Heinz Müller nicht wieder kandidiert hatte, so dass sein Amt frei war, wurde „Bruno“, wie er „von Freund und Feind“ allenthalben nur genannt wurde, dorthin weggejubelt beziehungsweise abgeschoben, wie andere meinten. Remmers ließ sich in die Pflicht nehmen und übernahm die Führung der CDU-Landtagsfraktion. Aber das war, wie sich schon bald herausstellte, „nicht sein Ding“. Und eigentlich waren alle froh, als nach der nächsten Landtagswahl 1986 das neu geschaffene Umweltministerium für ihn parat stand. Er selbst hatte sich nach

einer neuen Aufgabe und Herausforderung geseht. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Kurt-Dieter Grill, der sich auch Hoffnungen auf das neue Ministerium gemacht hatte, hatte bei Ministerpräsident Albrecht keine Chancen. Nun war Remmers gewiss kein Umweltfachmann und - weiß Gott - kein „Ökofreak“. Aber wer ihn näher kannte, seine religiöse Einstellung, seine katholisch geprägte Herkunft und Weltanschauung, die der katholischen Soziallehre verpflichtet war, der nahm ihm ab, dass es für ihn, bei seinem ethisch-philosophischen Standpunkt, auch um die Bewahrung der Schöpfung ging, um die Frage: Wie werden wir in Zukunft leben? „Es war für mich eine wesentliche Entscheidung in der Sache und in der Aufgabenstellung und nicht ein politischer oder gar parteipolitischer Gesichtspunkt, dass ich das neue Amt übernommen habe“, sagte Remmers später einmal in einem Gespräch. „Tschernobyl war ein politischer Reflex, eine Reaktion, nur der Anlass, aber nicht der Grund für das Umdenken. Es ging vielmehr darum, den Gedanken des Umweltschutzes überhaupt erst einmal in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu verankern. Die Politik reagierte auf Tschernobyl administrativ. Aber sie musste sich politisch dem Problem stellen.“ So wurde es für Werner Remmers eine politische Ansage, ein neuer Kraftakt.

Für seinen neuen Kabinettskollegen Walter Hirche von der FDP war es eine nahezu logische Entscheidung, dass dem pragmatischen, zupackenden Remmers die neue Aufgabe übertragen wurde. Vielleicht war aber auch dem Ministerpräsidenten die unkonventionelle Art von Remmers im Umgang mit schulischen Streitthemen wie Orientierungsstufe und Gesamtschule dubios geworden, so dass es ihm ganz Recht war, seinem Parteifreund, von dem man wusste, dass er sich für den besseren Ministerpräsidenten hielt, auf den neuen Posten des Umweltministers zu setzen.



Foto Naturpark Bourtanger Moor

Moorschutzprogramm

In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Hochmoore wie in Niedersachsen. Die Moore prägen in weiten Teilen der Landschaft. Daraus ergibt sich für das Land die besondere Verpflichtung, die Hochmoore als Lebensraum für bedrohte Pflanzen- und Tierarten zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Die Niedersächsische Landesregierung hat daher im Jahre 1981 das Niedersächsische Moorschutzprogramm auf den Weg gebracht. Das Ziel, 81.000 Hektar nicht abgetorfes sowie nach der Abtorfung renaturiertes Hochmoor als Naturschutzgebiet auszuweisen, wurde bisher zu etwa 60 Prozent erreicht. Vollständig kann dieses Ziel erst nach Abschluss des genehmigten industriellen Torfabbaus, der teilweise bis 2040 reicht, umgesetzt werden. Auf rund 12.000 Hektar industriell abgetorfte Fläche, das entspricht einem Anteil von mehr als 40 Prozent, laufen bereits Renaturierungsmaßnahmen.

Aufbau eines neuen Ministeriums

Nun galt es, dieses auf dem Papier neu geschaffene Umweltministerium erst einmal sachlich und personell aufzubauen und mit Leben zu erfüllen. Denn es war das erste Mal in der niedersächsischen Nachkriegsgeschichte, dass neben den klassischen Ressorts Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Kultus und Wissenschaft, Justiz, Soziales und Landwirtschaft ein völlig neues Ministerium geschaffen wurde - sieht man von den nachkriegsbedingten Ministerien für Vertriebene und Flüchtlinge sowie Aufbau und dem 1967 eingerichteten Ministerium für Bundesangelegenheiten ab.

Als Erstes baute der neue Umweltminister eine Grundsatzabteilung auf. Dazu holte sich Remmers als engste Vertraute Hermann Kues als Büroleiter und den Diplomtheologen Ansgar Holzknecht, der mit ihm auf der „katholischen Schiene“ auf gleicher Wellenlänge lag und der ihm schon in der Fraktionsführung treu zur Seite gestanden hatte. Dieses Dreigestirn wurde fortan der geistige Mittelpunkt und die entscheidende Zentrale des neuen Ministeriums. Dazu kam Georg Redeker als Abteilungsleiter, der als Umweltbeauftragter der Landesregierung mit drei Mitarbeitern vorher in der Staatskanzlei angesiedelt war. Holzknecht, ein außerordentlich agiler, wegen seines kleinen Wuchses hinter vorgehaltener Hand etwas spöttisch „Furchendackel“ genannt, wurde stellvertretender Abteilungsleiter. Die Organisation des neuen Ministeriums lag in den Händen des neuen Staatssekretärs Hans-Joachim Reinke (CDU), bislang Vizepräsident der Bezirksregierung Hannover. Von Remmers sagte man, er sei ein hervorragender Redner, aber er habe ein chaotisches Organisationstalent.

Neben der Grundsatzabteilung sollten noch hinzukommen die Abteilungen Wasser und Abfall aus dem Landwirtschaftsministerium mit dem Abteilungsleiter – im Jargon „Admiral Graf“ – Gerhard Veh, die Referatsgruppen Gewerbeaufsicht und Immissionsschutz sowie Kernenergie, Strahlenschutz, Kernkraftwerke aus dem Bundesratsministerium, ehemals Abteilung V des Sozialministeriums. Später

wurden daraus selbstständige Abteilungen unter den Abteilungsleitern Hans-Rudolf Wälzholz (Gewerbeaufsicht) und Horst zur Horst (Kernenergie) gebildet. Dazu gab es die Z-Gruppe als selbstständige Referatsgruppe mit Gruppenleiter Wiedemann und Peter Müller als Stellvertreter.

Mit Wirtschaftsminister Walter Hirche hatte sich Werner Remmers geeinigt, dass die Zuständigkeit für Energiepolitik einschließlich Bergrecht im Wirtschaftsressort bleiben sollte. Vom Landwirtschaftsministerium wollte der neue Umweltminister unbedingt den Bereich Wasser haben, „weil da viel Geld drin steckt, man konnte mit etwa 450 Millionen D-Mark rechnen“, so Ansgar Holzknecht, der das sofort kapiert und alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte. Dazu gab es dann noch den Abfallbereich. Aus dem Landwirtschaftsministerium hätte Remmers auch noch gern den Naturschutz gehabt. Aber den verteidigte Landwirtschaftsminister Gerhard Glup (CDU) „mit Zähnen und Klauen“ als ureigenste Aufgabe der Landwirtschaft für seine Bauern.

In der Startphase hatte das neue Umweltministerium 47 Planstellen. Das reichte hinten und vorne nicht. Außerdem musste sich das Ministerium mit weiteren Stellen selbst finanzieren. So ging Staatssekretär Reinke auf Stellenjagd. Aus dem Kultusministerium gab es beispielsweise auf dem Papier einige Lehrerstellen. Eine davon hatte unter anderem Jan ter Horst inne, der bald in der Grundsatzabteilung einer der engen Vertrauten von Remmers wurde. „Im Prinzip“ schaute der Minister nicht auf das Parteibuch der neuen Mitarbeiter. Für ihn war zuerst die fachliche Qualifikation entscheidend. „Wenn die stimmte, konnten es auch ruhig SPD-Leute sein“, erinnern sich frühere Mitarbeiter. Sie haben auch den ersten großen Krach nicht vergessen, als der neue Haushaltsplan von der Landesregierung aufgestellt wurde und CDU-Finanzministerin Birgit Breuel tobte, als Staatssekretär Reinke mit seiner Wunschliste kam. Aber das neue Ministerium musste ja leben, zumal es eine Reihe außerordentlich wichtiger Aufgaben übertragen bekommen hatte.

Umstrukturierung und Anlaufschwierigkeiten

Es war kein Wunder, dass es zunächst überall im neuen Umweltministerium Anlaufschwierigkeiten gab. So galt es, neben der personellen Ausstattung auch die sachlichen und politischen Bereiche des zusammengewürfelten Ressorts zu strukturieren. Einer der Schwerpunkte war zunächst die Modernisierung der Gewerbeaufsicht, die seit Beginn der 1980er Jahre vorwiegend eine Arbeitsschutzverwaltung war. Nun musste sie zum Immissionschutz hingeführt werden – mit dem Bestreben, alle Einleitungen auf ein für Menschen und Umwelt langfristig vertretbares Maß zu begrenzen. Dabei ging es um schädliche Umwelteinwirkungen wie Lärm, Luftschadstoffe, Strahlen, Licht- und Wärmeeinwirkung und das alles im Zusammenhang mit Gewässerschutz, Bodenschutz sowie der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Die Abfallwirtschaft mit den Aufgaben Vermeidung, Verringerung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen sowie vor allem der Aufgabe der Behandlung des Sondernmölls war eine weitere Herausforderung, desgleichen die Wasserwirtschaft mit den klassischen Aufgaben der Gewässerunterhaltung und -überwachung, dem Küstenschutz und dem Hochwasserschutz. Nach der Einführung des Naturschutzes in diesen Bereich standen die Gewässerreinigung und -qualität, Gewässereinleitung sowie auch die Beseitigung der Nordseeverseuchung mit allen ihren Folgen im Vordergrund.

Wie hilflos die Wasserpolitik damals war, mag das Beispiel des Dümmersees zeigen. Jahrzehntlang hatten die Bauern arglos ihre Felder mit Jauche und massenweise Dünger bearbeitet. Gift und Schadstoffe wurden in Gräben und Bäche gespült und gelangten schließlich auch in den Dümmer. Der See drohte umzukippen. Nun sollte zunächst der Bornbach umgeleitet werden. Das war ein Unternehmen, das ewig dauerte, aber das Problem nicht löste, sondern nur verlagerte, statt es buchstäblich an der Wurzel zu pa-



Foto: GAV

Gewerbeaufsicht

Die Staatliche Gewerbeaufsicht des Landes Niedersachsen hat die Einhaltung der Vorschriften im Arbeits-, Umwelt- und technischen Verbraucherschutz in den Handwerks- und Industriebetrieben sicherzustellen. Die Gewerbeaufsicht ist eine sehr alte Institution. Die ersten Fabrikinspektoren auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens wurden bereits 1894 eingesetzt, um Kinder und Jugendliche vor unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu schützen. Zu den Aufgaben der Staatlichen Gewerbeaufsicht zählen heute Genehmigung, Überwachung und Beratung der Betriebe in den oben genannten Fachgebieten. Dazu verschafft sie sich durch regelmäßige Besichtigung der Betriebe eingehende Kenntnisse von den tatsächlichen Arbeits- und Betriebsverhältnissen. Die komplexe Aufgabenstellung erfordert eine gut ausgebildete, interdisziplinär besetzte Belegschaft. Die Gewerbeaufsicht hat in ihren Reihen Ingenieure, Chemiker, Physiker, Biologen, Mediziner, Techniker, Juristen und Verwaltungsfachleute. Die zehn Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter unterliegen der Dienstaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz. Die Fachaufsicht teilt sich das Umweltministerium mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

cken. Es war schwer, den Bauern klarzumachen, gar nicht erst so viel Dünger zu streuen oder Abwasser einzuleiten und damit präventive Umweltpolitik zu betreiben, anstatt hinterher zu reparieren.

Ein anderes Beispiel war das plötzliche Robbensterben in der Nordsee. Auf einmal war „Holland in Not“. Niemand wusste so recht, was zu tun war. Unter öffentlichem Druck wurden an der Küste überall neue Kläranlagen gebaut und alte Anlagen modernisiert. Mit großem finanziellen Aufwand wurden auch alle Nordseeinseln mit Kläranlagen ausgestattet. Desgleichen mussten Schiffe umgerüstet werden, um nicht mehr so viel Brackwasser und Ölrückstände ins Meer abzulassen. Es gab großen Aktionismus, und wer weiß, wohin das noch geführt hätte, wenn sich die Natur nicht selbst geholfen hätte, denn auf einmal lebten die Robben wieder mopsfidel weiter. Umweltminister Remmers meinte, seine „Vorgänger“ hätten überhaupt nichts getan, die Folgen könnten nicht von heute auf morgen repariert werden. Außerdem sei alles auch eine Frage des Geldes. Aber erstmals wurde im niedersächsischen Umweltministerium eine Gewässerkarte mit allen Eintragungen über Gewässer-einleitungen und Wasserqualität erstellt.

Die großen Problemfelder

Neben den diversen Baustellen in allen Abteilungen des neuen Umweltministeriums gab es vor allem drei große Problemfelder. Sie ließen sich an drei Ortsnamen festmachen: Münchehagen, Buschhaus und Gorleben. In Münchehagen war es die Giftmülldeponie, in Buschhaus das neue Braunkohlekraftwerk mit Rauchgasentschwefelungsanlage und in Gorleben die Kernkraft mit allen ihren Facetten. Nach Europas größtem Chemieunfall im Juli 1976 im Mailänder Vorort Seveso geriet zum ersten Mal das Wort Dioxin in die Schlagzeilen. Diese hochgiftige Substanz, damals Seveso-Gift genannt, wurde im Oktober 1985 in der von 1977 bis 1983 betriebenen und inzwischen stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen in sehr gefährlicher Konzentration entdeckt. Das niedersächsische Umweltministerium hatte eine schlimme Altlast am Hals. Mit größtem Aufwand wurde jahrelang, begleitet von Protesten der

Bürgerinitiativen und von Gerichtsverhandlungen, versucht, die Dioxin-Deponie zu sanieren. Es gelang mehr schlecht als recht.

Im März 1985 war in Buschhaus im Helmstedter Revier ein neues Braunkohlekraftwerk gebaut worden. Die einen bezeichneten es als Dreckschleuder der Nation, die anderen als modernstes Kraftwerk einer neuen Technikgeneration. Es sollte betrieben werden mit schwefelhaltiger Salzkohle, die in einem eigens neu eingerichteten Tagebau in der Umgebung Schöningens gefördert wurde. Den Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage, die nicht dem neuesten Stand der Technik entsprach, aber von der niedersächsischen Landesregierung geduldet wurde, lehnte der Betreiber Braunschweiger Kohle-Bergwerke (BKB) ab. Die Nachrüstung sollte erst nach der Inbetriebnahme des Kraftwerks erfolgen. In einer Mitteilung hieß es dazu: „Der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers (CDU) erteilt die Erlaubnis, dass das umstrittene Kohlekraftwerk Buschhaus erheblich mehr Schadstoffe ausstoßen darf als ursprünglich geplant, da die Rauchgasentschwefelungsanlage trotz aufwendiger Verbesserungsversuche nicht voll funktionsfähig ist.“



Braunkohlekraftwerk Buschhaus

Foto: dpa

Unter starkem politischen Druck verlangte die Bundesregierung – gegen die Meinung der Niedersächsischen Landesregierung – das Kraftwerk Buschhaus erst zwei Jahre später, dann mit einer funktionierenden Rauchgasentschwefelungsanlage, in Betrieb zu nehmen. Die SPD beantragte im Juli 1984 eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages, zu der viele Abgeordnete aus dem Urlaub gerufen werden mussten. Nach einem Kompromiss sollte das Kraftwerk Buschhaus ohne Raugasentschwefelungsanlage, aber auch ohne schwefelhaltige Salzkohle, dafür mit „normaler“ Braunkohle, ans Netz gehen. Das geschah im März 1985. Eine neue Rauchgasentschwefelungsanlage wurde nach modernster Technik auf Regenerationsbasis entwickelt und die BKB dafür 1987 mit dem deutschen Recyclingpreis ausgezeichnet. Dennoch war es für das Niedersächsische Umweltministerium nicht leicht, wieder aus den negativen Schlagzeilen herauszukommen.



Demonstration gegen die atomare Aufbereitungsanlage in Gorleben.

Foto: dpa

Ein ganz besonderes Kapitel war – und ist bis heute – Gorleben. Seit dem Bau der ersten Atomkraftwerke Mitte der 1950er Jahre gab es Überlegungen für Rahmenbedingungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Ein Arbeitskreis Deutsche Atomkommission hatte das Thema in den 1960er Jahren vorangetrieben und eine Projektgruppe suchte bundesweit nach Standorten. In Niedersachsen gab es schließlich vier zur Auswahl, darunter Gorleben und Wahn im Emsland. Die niedersächsische CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht benannte am 22. Februar 1977 Gorleben als möglichen Endlagerstandort für radioaktiven Abfall. Die SPD/FDP-Bundesregierung fasste am 15. Juni 1977 den Beschluss zur Erkundung des Salzstocks Gorleben. Ende 1977 berief der Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Gorleben-Kommission unter dem Vorsitz des CDU-Landtags- und Kreistagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill ein, als Forum für die Lokalpolitiker und Bürgerinitiativen. Ende März, Anfang April 1979 fand auf dem hannoverschen Messegelände ein internationales „Gorleben-Hearing“ statt. Es wurde von der Niedersächsischen Landesregierung veranstaltet und vom Physiker und Philosophen Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker moderiert. Im Mittelpunkt der Diskussion von über 60 Wissenschaftlern aus aller Welt stand das Thema „Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums und Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennstäbe“, wie es damals gesetzlich vorgeschrieben war. Für Gorleben hätte dies Investitionen in Höhe von vielen Milliarden D-Mark gebracht. Von Albrecht ist später der Satz bekannt: „Technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar.“ Über Gorleben als Endlager wurde bei dieser Veranstaltung nur einen Tag lang gesprochen.

Gegen Gorleben gab es von Anfang an Widerstand und Proteste, aber auch breite Zustimmung, besonders von den Kommunalpolitikern und Teilen der örtlichen Bevölkerung, die sich vom Bau der Atomanlage ein wirtschaftliches Paradies erhofften. Grill konnte ein Lied davon singen.

Ihm wurden von aufgebrachten Gorleben-Gegnern nicht nur einmal die Reifen seines Autos durchstochen. Auch im Niedersächsischen Landtag spielte das Thema Gorleben mit Kernenergie und Umweltschutz eine große Rolle. 1980 wurde der erste Umweltausschuss des Parlaments gegründet. Vorsitzender war der ältere Bruder von Werner Remmers, Landtagsvizepräsident Walter Remmers. Als der Salzstock Wippen im Emsland in seinem Heimatwahlkreis auch als Endlagerstandort im Gespräch war, setzte sich Walter Remmers vehement für Gorleben ein. Im Herbst 1979 begann die übertägige Erkundung des Salzstocks, 1983 die untertägige, nachdem die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig die Eignungshöflichkeit, also die Eignung vorbehaltlich des Abschlusses der Erkundung, festgestellt hatte. Im April 1990 bestätigte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Eignungshöflichkeit. Alles wurde von Widerstand und Protesten der Atomkraftgegner begleitet. Das Niedersächsische Umweltministerium war immer und für alles zuständig. Es kam mit Gorleben nie zur Ruhe.

Die Atomaufsicht wurde von den Ländern als Auftragsverwaltung für den Bund wahrgenommen. Einen ersten größeren Skandal gab es im neuen Umweltministerium Ende 1986, Anfang 1987 wegen der Aufsicht beim Transport von abgebrannten Brennelementen. Nach internationalen Verträgen mussten diese nach Cap de la Hague in Frankreich oder Sellafield in England zur Wiederaufarbeitung geschickt werden. Die Sicherheitsbeauftragten der Kraftwerksbetreiber hatten die Transporte freizugeben. Als hierbei Kungeleien entdeckt wurden, „explodierte Umweltminister Remmers“, wie sich Peter Müller aus der Abteilung 1 des Ministeriums erinnert. Auf Vorschlag von Staatssekretär Reinke wurde er zusammen mit dem Leiter des Rechtsreferats für die Gewerbe- und Atomaufsicht, Klaus-Dieter Becherer, als Kontrolleur der Sicherheitsbeauftragten eingesetzt, um sie, soweit sie in staatsanwaltschaftliche Verfahren verwickelt waren, abzulösen. Als Abteilungsleiter zur



Foto: dpa

Atomaufsicht

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz sorgt als atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde im Zusammenwirken mit Betreibern und Sachverständigen dafür, dass die kerntechnischen Anlagen den höchstmöglichen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Diese sind nicht statisch, sondern werden ständig verbessert. Dabei werden neue Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung ebenso berücksichtigt wie Erfahrungen aus dem Betrieb der kerntechnischen Anlagen. Ereignisse aus in- und ausländischen Anlagen werden systematisch ausgewertet und zur kontinuierlichen Optimierung der Sicherheit einbezogen. Das Umweltministerium ist für alle Genehmigungen ortsfester kerntechnischer Anlagen wie Kernkraftwerke und Brennelementfabriken in Niedersachsen zuständig. Als atomrechtliche Aufsichtsbehörde kontrolliert es die Einhaltung aller Bestimmungen, die in atomrechtlichen Genehmigungen verankert sind, sowie die Erfüllung von Anordnungen und Verfügungen. Die Atomaufsicht bearbeitet sämtliche zustimmungspflichtigen Vorhaben, überprüfen die Einhaltung der Betriebsvorschriften sowie die Anforderungen an wiederkehrend zu prüfende sicherheitsrelevante Anlagenteile. Hinzu kommen die wichtige Aufgabe des Strahlenschutzes und der Umgebungsüberwachung.

Horst aufmuckte – „Der Müller schießt alle ab!“ – kam es zu Auseinandersetzungen mit dem Minister und der letzte Sicherheitsbeauftragte blieb auf seinem Posten.

Die Schwierigkeiten, mit denen der neue Umweltminister Remmers zu kämpfen hatte, waren zum großen Teil Altlasten, die die Vorgängerregierungen hinterlassen hatten. So war das neue Ressort durchweg defensiv ausgerichtet. Ministerpräsident Albrecht wollte aber gerade mit dem Umweltministerium positive Akzente setzen. Es sollte mehr agiert und weniger reagiert werden. Doch Remmers blieb kaum etwas anderes übrig, als zu reagieren. Er tat es bei neuen Herausforderungen meistens sehr sensibel. Dabei wusste er, dass er ein Ministerium übernommen hatte, in dem man eigentlich nur verlieren konnte. „Es gibt Jobs, mit denen man nur scheitern kann“, sagte er einmal in vertrauter Runde, als wieder etwas schief gelaufen war. Er musste auch oft erkennen, dass die Gesellschaft auf einen präventiven Umweltschutz einfach noch nicht vorbereitet war. Das zeigte sich deutlich, als er zum ersten Mal überhaupt einen Umweltbericht erstellte. Es war schon das richtige Signal zur richtigen Zeit, aber die Gesellschaft war offensichtlich noch nicht bereit, ihm zu folgen.



Tschernobyl-Folgen – die damaligen Umweltminister Töpfer und Remmers im ehemaligen Kernkraftwerk Lingen. Foto: dpa

Spannungen auf höchster Ebene

Die überall im neuen Ministerium aufgetretenen Anfangsschwierigkeiten machten sich auch auf der politischen Ebene bemerkbar. Schon im ersten Jahr kriselte es in der obersten Spitze des Hauses. Von Anfang an hatte es Spannungen zwischen dem Minister und seinem Staatssekretär gegeben. Zwischen Remmers und Reinke stimmte die Chemie nicht. Das eskalierte nach einem legendären Interview, das der Minister den Evangelischen Monatsheften gegeben hatte und in dem er ausplauderte, wie er sein Personal zusammengesucht habe. Sicher hatte sich Remmers bemüht, auch Mitarbeiter mit SPD-Parteibuch zu bekommen und dabei vor allem auf die Qualifikation geachtet. Aber wenn er sich nach der Konfession entscheiden musste, sei ihm der katholische Glaube schon wichtig gewesen. Das brachte Hans-Joachim Reinke, der auch Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen war, „auf die Palme“. Er wollte nicht wahrhaben, dass das protestantische Niedersachsen vom Katholizismus eingenommen würde. Damit wurde vermutlich zwischen Minister und Staatssekretär der Keim des Misstrauens gesät.

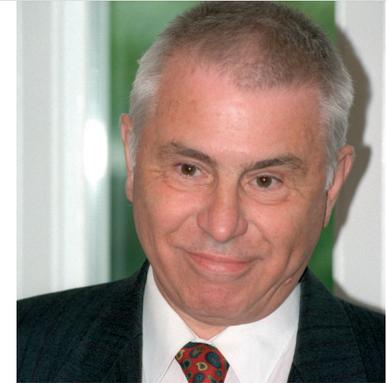
Remmers und Reinke haben es dann auch nur zwei Jahre miteinander ausgehalten. Doch der Minister konnte auf seinen Staatssekretär einfach nicht verzichten. Er war der Organisator und der Macher, der Tag und Nacht arbeitete und die heißen Kohlen aus dem Feuer holte. Außerdem war sein enger Kontakt zum Vorzimmer des Ministerpräsidenten nicht unbekannt. Im November 1988 kam als Nachfolger Franz Cromme aus Vechta, der zuvor Staatssekretär im Niedersächsischen Justiz- und Innenministerium gewesen war. Reinke wurde Geschäftsführer der 1986 gegründeten Niedersächsischen Gesellschaft für Sonderabfall (NGS). Es war ein Glücksfall für ihn und für die Gesellschaft.

Es blieb auch nicht aus, dass so „agile Triebtäter“ wie Staatssekretär Reinke und Peter Müller-Gundermann mit dem abwägenden und nicht gerade konfliktfreundigen Minister Remmers zusammenstießen, vor allem, wenn er meinte, es könnte Ärger mit dem Regierungschef geben.

Remmers war seinem Ministerpräsidenten gegenüber immer loyal, obwohl er selbst gern Ministerpräsident gewesen wäre und sich dieses Amt auch zugetraut hatte. Es war kein Geheimnis, dass er sich für den besseren Regierungschef hielt. Aber er war klug genug, das nicht auf die Spitze zu treiben, zumal er auch die Verhältnisse in der CDU-Landtagsfraktion zur Genüge kannte. Dort gab es nicht wenige, die ihn wiederum aus seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender kannten und nicht unbedingt mochten. Dort, in der Fraktion, wo er für seine Leute da sein und für sie arbeiten musste, konnte er seine Qualitäten nicht ausspielen. Die lagen eher in der Führung eines Ministeriums, wo viele Hundert Mitarbeiter für ihn arbeiten mussten. Es gibt da den klassischen Ausspruch von Werner Remmers über „Teamwork“: „Wir sind ein Team – ich teame und ihr worckt.“ Daneben war auch das Spannungsverhältnis zwischen Werner Remmers und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Innenminister Hasselmann, nicht zu übersehen. Hasselmann war der getreueste Paladin seines „Herrn und Meisters“, seines Freundes Ernst Albrecht. Remmers und Hasselmann achteten und respektierten sich, aber Freunde wurden sie nicht.

Mensch, Remmers

Alle, die mit Werner Remmers lange zusammengearbeitet und ihn näher kennengelernt hatten, mussten feststellen, dass er ein Mensch mit außerordentlicher Vielseitigkeit war. Er war auch ein viel gefragter Mann. Überall musste er Rede und Antwort stehen, im Kabinett genauso wie im Landtag, vor Verbänden und Institutionen wie vor der Presse. Und immer wieder wurde der eloquente Redner zu Vorträgen eingeladen. Engste Untergebene, die mit ihm oft unterwegs waren, erinnern sich noch gut daran, dass Remmers, wenn es um konkrete Fachaussagen ging, oftmals seine Schwierigkeiten hatte und einen „Flüsterer“ brauchte. So musste sich der zuständige Fachreferent im Vortragsaal ihm gegenüber in einer Ecke postieren und wenn es brenzig wurde, seinem Chef ein Zeichen geben.



Werner Remmers im Jahr 1995.

Foto: dpa

Mundwinkel nach oben ziehen hieß: Alles in Ordnung, weiter reden; Mundwinkel nach unten hieß: Es geht in die falsche Richtung, umstellen. Aber Remmers war ja ein begnadeter Redner, er konnte viel reden, ohne etwas zu sagen. Darin war er ein Meister. Seine Intelligenz wurde nur noch von seiner Eloquenz übertroffen, hieß es über ihn.

Dass Werner Remmers nicht abgehoben war, zeigte sich beispielsweise darin, dass er relativ spartanisch in einer Wohnung in der Hannoverschen Südstadt wohnte und, wenn es irgendwie ging, mit dem Fahrrad ins Ministerium fuhr. Auch war ihm sein geliebtes Mittagsschläfchen heilig. Wenn es Zeit und Gelegenheit zuließen, radelte er durch die Straßen nach Hause, machte auf dem Sofa sein Nickerchen und radelte seelenruhig wieder zurück. Humor, Mutterwitz und Schlagfertigkeit bewies er, wie sich sein FDP-Kabinettskollege Walter Hirche gut erinnert, beim traditionellen Oldenburger Grünkohlessen, als Hirche 1988 in Bonn zum Grünkohlkönig gekürt wurde und Remmers als sein Vorgänger die launige Festrede hielt. Die Gäste haben sich vor Lachen den Bauch gehalten, wussten Teilnehmer zu berichten. Der blitzgescheite Remmers konnte auch urkomisch sein, weiß Hirche. Remmers war übrigens, außer dem FDP-Mann Heinrich Jürgens, der Einzige, mit dem er sich duzte.

Seine manchmal poltrigen, manchmal schlitzohrigen, immer humorvollen und nie verletzenden Sprüche haben seine früheren engsten Mitarbeiter in der Zeit als Kultusminister anlässlich seines 50. Geburtstages 1980 in dem Büchlein „Mensch, Remmers“ festgehalten.

Zur Charakterisierung ihres Chefs schrieben sie im Vorwort unter anderem: „Viele fällige Worte hast Du verschluckt, Dein Mut liegt auf Wiedervorlage. Blattlaus bist Du auf dem Feigenblatt der Union, vor das Mausoleum christdemokratischer Versäumnisse hast Du keine Kränze gelegt. Von Deinen bildungspolitischen Grimassen sind Dir Falten geblieben. Mit unverzollten Bildungsgütern bist Du durch die Parteienlandschaft gestromert. Gut sortiert sitzt Du zwischen allen Stühlen.“ Zu Werner Remmers' in dem Büchlein festgehaltenen Erkenntnissen gehören beispielsweise: „Manche Beamte kennen nur Eingaben, aber keine Eingebungen“, „Der Regelungsperfektionismus ist die Perfektionierung der Gleichbehandlung ungleicher Probleme. Damit werden selten Probleme gelöst, aber alle werden gleichermaßen in die Zwangsjacke neuer Probleme gesteckt“, „Bildungspolitik ist wie Pinkeln gegen den Wind. Man macht sich nur die eigene Hose nass.“ Den Journalisten schrieb er ins Stammbuch: „Sie sollen nicht das schreiben, was ich sage, sondern das, was ich meine.“ Und in aller Unschuld konnte er klarmachen, dass die Beichte die Katholiken zu fröhlichen Menschen mache. Die Protestanten müssten ja

mangels Beicht- und Vergebungsmöglichkeiten alle ihre Missetaten zeitlebens mit sich herumtragen. Das mache sie oft so miesepetrig.

Werner Remmers blieb vier Jahre Niedersächsischer Umweltminister. Dann kam nach der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder und es kam die Greenpeace-Aktivistin Monika Griefahn. Remmers übergab ihr seinen Schreibtisch und blieb noch vier Jahre als Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag. Parteipolitisch hatte der emsländische CDU-Bezirksvorsitzende sein Haus frühzeitig bestellt und seine Nachfolge geregelt. 1992 folgte ihm der damals 33-jährige Osnabrücker Rechtsanwalt Christian Wulff als Vorsitzender des CDU-Bezirks Osnabrück-Emsland. Remmers brachte ihn dann auch ins Spiel als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, mit dem Argument, es sei am besten, gleich den Sprung in die nächste Generation zu machen. Allerdings wurde Wulff erst nach neun Jahren harter Opposition 2003 Niedersächsischer Ministerpräsident. Remmers selbst wurde Direktor der Katholischen Akademie in Berlin. Freunden sagte er, die vier Jahre als Umweltminister hätten ihm sehr viel gegeben, er möchte die Zeit nicht missen. Werner Remmers fand ein tragisches Ende, als er nach mehreren Schlaganfällen jahrelang gepflegt werden musste. Im Jahr 2011 ist er mit 80 Jahren in seinem Heimatort gestorben.



Rolf Zick (90) ist ein „Urgestein“ des niedersächsischen Journalismus, er beobachtet und beschreibt die Landespolitik seit einem halben Jahrhundert.



Wie jung das Niedersächsische Umweltministerium ist kann man daran erkennen, dass noch heute 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ersten Stunde dabei sind. 1986 kamen sie aus verschiedenen Ministerien und Behörden zum Umweltministerium. Übrigens: Es war der damalige Abteilungsleiter Gert Lindemann, der die sogenannten Versetzungsverfügungen vom Landwirtschaftsministerium unterzeichnete.

Foto: Walter Schmidt, NOVUM

„Wie eine Aktivistin, die gerade ein Schiff erobert“

Monika Griefahn
Umweltministerin von 1990 bis 1998

Von Hans Brinkmann

Die Aufbauphase unter Werner Remmers war schon lebhaft gewesen, doch was dann kam, war turbulent: Unter Monika Griefahn erlebte das Niedersächsische Umweltministerium die aufregendste Zeit seiner noch jungen Geschichte. Eigentlich war es ein kluger Schachzug des damaligen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, die in der Ökoszene populäre Greenpeace-Aktivistin zur Landtagswahl am 13. Mai 1990 in sein Boot zu holen. Die seinerzeit 35-jährige Hamburgerin hatte Pep, kam glänzend bei den Medien an und eröffnete aus Sicht der Sozialdemokraten die Chance, auch bei der Grünen-Klientel zu punkten und ein übermäßiges Erstarken des designierten Koalitionspartners zu verhüten.

Das Kalkül ging auf. Gerhard Schröder, der sich vier Jahre vorher noch an Ernst Albrecht die Zähne ausgebissen hatte, eroberte die Macht. Die SPD legte um 2,1 Punkte auf 44,2 Prozent zu und überflügelte als stärkste Fraktion die CDU, die nach einem Verlust von 2,3 Punkten nur noch 42 Prozent erreichte. Die FDP blieb bei 6 Prozent. Und die Grünen? Sie büßten zwar 1,6 Punkte ein, doch reichten die 5,5 Prozent, um eine rot-grüne Mehrheit von einer Stimme im Landtag zu sichern.

Viel wurde damals gerätselt, welche Faktoren dieses Ergebnis beeinflusst haben könnten. CDU und FDP haderten, dass die Wahl am 13. Mai just in eine Stimmungsdelle nach der anfänglichen Euphorie der deutschen Wiedervereinigung geraten sei, also keine hausgemachte Niederlage darstelle. SPD und Grüne sprachen dagegen offensiv von einem Auftrag für ihr „Projekt“. Am Rande fragte man sich aber auch, inwieweit der Zuwachs der SPD und der Abschwung der Grünen als eine Art „Griefahn-Effekt“ auszulegen sei.

Wie auch immer: Dank des schillernden Imports aus Hamburg gelang es Schröder, die Grünen von ihrem klassischen Ressort Umwelt fernzuhalten und es mit einer von der SPD nominierten Parteilosen zu besetzen. Ein Unterfangen, das heute wohl undenkbar wäre. Die Ökopartei musste mit dem Bundesratsministerium (Jürgen Trittin) und dem Frauenressort (Waltraud Schoppe) vorliebnehmen. Und so zog Monika Griefahn nach ihrer Vereidigung am 21. Juni 1990 als Umweltministerin in die Archivstraße ein. Es war der vorläufige Höhepunkt einer steilen Seiteneinsteigerkarriere.

Am 3. Oktober 1954 in Mühlheim an der Ruhr geboren, studierte sie nach dem Abitur Mathematik und Sozialwissenschaften an den Universitäten Göttingen und Hamburg. 1979 erreichte sie den Abschluss als Diplom-Soziologin. Neben einer Tätigkeit als Bildungsreferentin beim Christlichen Verein Junger Männer (CVJM) widmete sich Griefahn ab 1980 in Hamburg dem Aufbau eines deutschen Greenpeace-Büros. Bald wurde sie dessen erste Geschäftsführerin und organisierte Kampagnen gegen die Verschmutzung der Nordsee und Umweltbeeinträchtigungen von Chemieunternehmen. Furor machte, wie die junge Aktivistin 1981 in einem Greenpeace-Team mit Gummibooten den Chemietanker „Titan“ stoppte, sich später mit einer Rettungsinsel an das Verklappungsschiff „Kronos“ kettete oder die Schornsteinbesteigung im Hamburger Chemiewerk Böhringer steuerte. Dank solch spektakulärer Aktionen schaffte es Griefahn 1984, als erste Frau in den internationalen Vorstand von Greenpeace in London gewählt zu werden.

Und dann kam Schröder. Er bat sie, als Quereinsteigerin in die Politik zu wechseln. Griefahn willigte ein – mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein. Als sie sich im Februar 1990 in Beckmanns Restaurant in Hannover den landespolitischen Journalisten als Ministerkandidatin vorstellte, tat sie das kess mit dem Satz: „Ich heiße Monika Griefahn, und ich hab’ was geleistet.“ Auf die Frage, ob sie sich nicht eher als Platzhalterin fühle, da das Umweltressort bei einem Wahlsieg doch wohl durch die Grünen besetzt werde, gab sie schnippisch zurück: „Nein, gar nicht. Wenn die sehen, dass dieses Ministerium so gut besetzt ist, werden die Grünen sich halt andere Ressorts aussuchen.“

Hoppla, jetzt komm ich – so empfanden im Sommer 1990 viele Griefahns Amtsaufnahme. Voller Dynamik, voller Tatendrang: „Wie eine Aktivistin, die gerade ein Schiff erobert“, mutet es einem alt gedienten Ministerialen in der



Das Landeskabinett 1990.

Foto: dpa

Rückschau an. Das Haus wurde förmlich durchgeschüttelt; die junge Chefin – besetzt von unerschütterlichem Sendungsbewusstsein – setzte alles daran, den von Remmers geprägten Apparat personell wie inhaltlich auf ihren Kurs zu trimmen.

Einzug hielt ein neuer Stil, eine völlig andere Auffassung von Regierungshandeln. Angesagt war eine klare Interessenvertretung, entschlossenes Durchsetzen selbst gesteckter Ziele im Schulterchluss mit Umwelt- und Naturschutzverbänden. Plötzlich wurden Themenkomplexe kampagnenartig inszeniert; unkonventionelles Agieren ging bisweilen vor peniblen Verwalten. Damit hatte manch treuer Beamter ein Problem – erst recht aber mit der Linie, bei Bedarf selbst gegen staatliche Stellen Widerstand zu organisieren. „Im Umgang mit der Verwaltung wäre ich heute zurückhaltender, diplomatischer“, räumt Griefahn rückblickend ein. So aber geriet die neue Ministerin schnell in den Ruf, eine kompromisslose Gesinnungstäterin zu sein. Zumindest entsprach es nicht ihrem Naturell, geduldig „dicke Bretter zu bohren“ und auch mal diplomatisch den politischen Konsens zu suchen.



Foto: Designritter/ photocase.com

Abfallwirtschaft

In Niedersachsen ist die Aufstellung des Abfallwirtschaftsplans und dessen Fortschreibung Aufgabe des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz. Da die Abfallwirtschaft schnellen Veränderungen und Entwicklungen unterworfen ist, werden im Abfallwirtschaftsplan keine starren Vorgaben gemacht. Überwacht werden die Entsorgungswege und Entsorgungsanlagen von den Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtern und den kommunalen Abfallbehörden. Der Grundstein für eine geordnete Abfallwirtschaft im heutigen Sinne wurde auf Bundesebene 1972 mit dem ersten Abfallbeseitigungsgesetz gelegt. Bis dahin waren Abfälle vorwiegend dezentral in Gruben abgelagert worden – ohne spezielle Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt. Noch heute stellen in Niedersachsen mehr als 8.000 solcher Altlagerungen eine Belastung dar. Grundwasserbelastungen durch austretendes Sickerwasser und Vegetationsschäden durch Deponiegas haben zu der Entscheidung geführt, die Abfallbeseitigung nur noch auf zentralen geeigneten Standorten zuzulassen und technische Anforderungen an die Ausstattung der Deponien zu entwickeln.

Mitte der 1980er Jahre nahm das neue Abfallgesetz die Vermeidung und Verwertung als vorrangige Option in den Fokus. Dies führte auch in Niedersachsen zur Etablierung der thermischen und später zur mechanisch-biologischen Abfallbehandlung von Siedlungsabfällen sowie zu anspruchsvollen Spezialverfahren im Bereich der Sonderabfallentsorgung. Mit der Sanierung der früheren privaten Sonderabfalldeponie und späteren Altlast Mönchshagen zog das Land einen Schlussstrich unter das Kapitel der Deponierung unbehandelter Abfälle.

Auch aus diesem Grunde wurde vor 25 Jahren die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS) vom Land Niedersachsen (51 Prozent Gesellschaftsanteile, 49 Prozent Beteiligung der niedersächsischen Wirtschaft) gegründet mit dem Ziel, Niedersachsens Unternehmen als kompetente und verlässliche Partnerin und Dienstleisterin in allen Fragen der Sonderabfallentsorgung zur Seite zu stehen. Die Organisation der Sonderabfallentsorgung und Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für Niedersachsen, die Notifizierung bei grenzüberschreitender Abfallverbringung, die Beratung über Sonderabfallverwertung und Altlastensanierung sowie die Planung und Errichtung von Deponien – das sind die Aufgabengebiete der NGS. Heute werden so rund 30.000 Erzeuger von Sonderabfall in Niedersachsen mit fast 200 verschiedenen Entsorgern zusammen gebracht.

Griefahn bildete eine Art „Küchenkabinett“, einen Zirkel von Vertrauten, über die alle wichtigen Weichenstellungen liefen. Dazu gehörten etwa Heinz Davidsohn, den die Ministerin in bewegten Hamburger Zeiten kennen- und schätzen gelernt hatte, Peter Grabowski als Büroleiter, Peter Müller-Gundermann als Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Pressesprecherin Barbara Mussack und später in vielfacher Funktion Reinhard Schmalz. Für Wirbel bei der Umbesetzung zentraler Posten sorgte vor allem die Auswechslung von Horst zur Horst, dem bundesweit anerkannten Leiter der Kernenergie-Abteilung. Letztlich gelang der Ressortchefin aber eine durchaus elegante Lösung: Sie beförderte zur Horst zum hochdotierten Chef des neu gegründeten Landesamtes für Ökologie.

Doch die neuen Besen kehrten nicht alle gut. Es knirschte vor allem an der Spitze des Hauses, wo Griefahn als Polit- und Verwaltungsneuling erfahrene und durchschlagskräftige Staatssekretäre benötigt hätte. Doch Peter Bulle, ein Grüner aus der Bezirksregierung Hannover, hielt sich gerade einmal ein gutes Jahr, und dessen Parteifreund Jan-Hendrik Horn, ein inzwischen verstorbener Verwaltungsrichter aus Stade, agierte kaum effektiver. Um das Haus zu stabilisieren, schickte Schröder zu Beginn der zweiten Periode 1994 Abteilungsleiter Dietmar Schulz aus der Staatskanzlei quasi als „Staatskommissar“ ins Umweltressort. Das wirkte.

Bei den inhaltlich neuen Akzenten lagen Schwerpunkte in der Abfall- und Atompolitik. Sowohl beim Haus- als auch beim Sondermüll hatte Griefahn gravierende Probleme erlebt: In manchen Kreisen herrschte beinahe Notstand, weil Deponien für den häuslichen Unrat fehlten.



Schacht Konrad 1

Foto: dpa

Bei Sonderabfällen sorgten undichte und dioxinbelastete Lagerstätten wie Mönchshagen und Hoheneggelsen für anhaltenden Wirbel. Mit viel Aufwand und teils auch dem Einsatz von Mediatoren gelang es, die unter Remmers schon eingeleitete Sicherung dieser Altlasten erfolgreich zu forcieren. Energisch trieb die Umweltministerin eine grundsätzliche Trendwende voran: Weg von der unsortierten Deponierung hin zu Vermeidung und Verwertung. „Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht“ – für diese Devise musste seinerzeit erst noch das Bewusstsein geschärft werden. Heute wertet Griefahn den Einstieg in eine „echte Kreislaufwirtschaft“ und die drastische Reduzierung des Abfallaufkommens als eine der wichtigsten Errungenschaften ihrer Amtszeit. Aber während viele andere Länder beim Restabfall auf Verbrennung setzten, führte Griefahn einen flammenden Kampf gegen thermische Behandlungsanlagen. Als Alternative setzte sie zum Teil auf technische Neuerungen wie die kalte Rotte, die Pyrolyse oder mechanisch-biologische Systeme, die anfänglich aber noch so unausgereift waren, dass manche Anlage den Betreibern förmlich um die Ohren flog. Einstweilen gelang es der Ministerin, rund zehn geplante Verbrennungsanlagen in Niedersachsen zu verhindern. Dafür schickte man überschüssigen Sondermüll lange Zeit zur thermischen Behandlung nach Hamburg und Bremen. Im Gegenzug handelte



Foto: Siegfried Richter

Nationalpark Harz

Der Nationalpark Harz ist im Jahr 2006 aus der Fusion zweier bereits existierender Nationalparks entstanden – aus dem seit 1990 bestehenden „Hochharz“ in Sachsen-Anhalt und dem 1994 gegründeten „Harz“ in Niedersachsen. Mit der Fusion wurde der regionalen Einheit des Harzes Rechnung getragen. Entstanden ist der erste länderübergreifende Nationalpark Deutschlands. Er umfasst eine Fläche von fast 25.000 Hektar. Der Nationalpark Harz ist damit der größte Waldnationalpark in Deutschland. Sein hoher Waldanteil vermittelt Ursprünglichkeit; der Harz ist die Heimat vieler Wildtiere. Es ist sogar gelungen, den fast ausgestorbenen Eurasischen Luchs wieder anzusiedeln. Neben den ausgedehnten Waldgebieten nehmen im Nationalpark Harz Moore wegen ihrer besonderen Ausprägung eine besondere Stellung ein. Ferner prägen Granitklippen und Bergbäche die Landschaft. Der Nationalpark Harz ist ein Lebensraum von europäischer Bedeutung und daher Teil des europaweiten Biotopverbundes „Natura 2000“. Seltene Vogelarten wie der Schwarzstorch und der Sperlingskauz sind im Harz zu Hause.

Griefahn der niedersächsischen Industrie allerdings die Verpflichtung ab, die Sonderabfallmengen binnen drei Jahren zu halbieren.

Das zweite große Thema, das sich wie ein roter Faden durch die achtjährige Amtszeit Griefahns zog, bildete die Atompolitik. Die Ministerin und ihre Mitstreiter hatten sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vorhandene Anlagen wie insbesondere das damals noch produzierende Kernkraftwerk Stade stillzulegen und die Realisierung neuer Projekte zu torpedieren. Doch schon bald musste die resolute Amtschefin in der Archivstraße erkennen, dass die niedersächsischen Befugnisse für einen landesspezifischen Atomausstieg nicht reichten. Die Länder übten die Atomaufsicht schließlich nur in Auftragsverwaltung für den Bund aus; Bonn und danach Berlin saßen am längeren Hebel und konnten zum Beispiel Genehmigungen für bestimmte Projekte erzwingen.

Wo immer sich Griefahn auch querstellte – ob mit dem Versuch, das Planfeststellungsverfahren für das geplante Endlager für schwach- und mittelaktive Atomabfälle im Schacht Konrad auszubremsen; ob mit der Weigerung, die Einlagerung eines Castorbehälters mit Brennelementen aus Phillipsburg im Zwischenlager Gorleben zuzulassen oder mit der schroffen Ablehnung, Genehmigungen für die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben zu erteilen: Es hagelte jeweils aufsichtliche Weisungen durch die damaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Angela Merkel (beide CDU). Mehr noch: Im Juli 1994 wurde Niedersachsen im ersten Schadensersatzprozess, den die Bundesrepublik gegen ein Bundesland führte, vom Landgericht Hannover grundsätzlich zu Wiedergutmachungsleistungen verurteilt. 1997 verzichtete die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) nur deswegen auf umgerechnet 7,5 Millionen Euro Schadensersatz, weil Griefahn nach erheblichen Bauverzögerun-

gen doch noch darin einwilligte, an der ordnungsgemäßen Betriebsgenehmigung für die Konditionierungsanlage mitzuwirken. Unter dem Strich jedoch, so meint Griefahn heute, habe sich diese Konfliktbereitschaft gelohnt. „Dass 2001 der erste Atomausstieg vereinbart wurde und wir jetzt vor dem endgültigen Aus bei der Kernenergie stehen, ist der späte Erfolg eines langen Kampfes.“

Kurzfristig verliefen andere politische Initiativen der Umweltministerin Griefahn erfolgreicher. Als großen Fortschritt verbuchten vor allem Umwelt- und Naturschutzverbände, dass zersplitterte Verwaltungszuständigkeiten in diesem Bereich in einem zentralen Landesamt für Ökologie zusammengefasst wurden. Ein mit rund 125 Millionen Euro dotierter Umweltfonds förderte alternative Ansätze und die Ausbreitung der Windenergie wurde mit einem „Windatlas“ vorbereitet. Geschick und Durchsetzungsvermögen bewies die Ministerin in Sachen Wasserpfennig. Die Einführung dieser Abgabe als Ausgleich für Landwirte, die zugunsten einer verbesserten Wasserqualität auf intensive Düngen verzichteten, hatte bereits Werner Remmers angestrebt. Doch er lief damit im eigenen Lager auf, weil man eine unbotmäßige Belastung der Industrie befürchtete. Solche Skrupel kannte Griefahn nicht: Sie holte den fertigen Plan aus der Schublade und setzte ihn erfolgreich um.

Für Furore sorgte die Ausweisung zweier großer Nationalparks in der Amtszeit von Monika Griefahn. Zum Schutzgebiet Wattenmeer gesellten sich der Nationalpark Harz und die Elbtalaua, die heute zwar als Biosphärenreservat firmiert, inhaltlich aber einem Nationalpark gleichkommt. „Das waren für mich die schönsten Erfolge“, sagt die Politikerin im Rückblick. In beiden Fällen mussten erhebliche Vorbehalte in der Bevölkerung ausgeräumt werden. Vor allem im Grenzraum zur früheren DDR bestand die Befürchtung, erneut über Gebühr eingeeignet zu werden in der Nutzung



Monika Griefahn mit ihrer Tochter.

Foto: dpa

von Natur und Landwirtschaft. Aktionen reichten bis hin zum „Beten gegen den Nationalpark“, ehe die neuen Schutzgebiete – in einem Fall erst nach einem Gerichtsentcheid – ein nötiges Maß an Akzeptanz fanden.

Ungeachtet solcher Highlights war das Wirken der Umweltministerin aber auch stets durchsetzt von Eskapaden, Affären und schillernden Auftritten. So geriet die Geburt von Monika Griefahns Tochter Nora-Sophie Anfang 1992 zu einem bundesweiten Medienereignis. Der Grund: Die Politikerin war die erste Ministerin in Deutschland, die ihr Baby mit ins Büro nahm und es dort wickelte und stillte. Negativ in die Schlagzeilen geriet die Politikerin zum Beispiel, als sie einem Beamten ihres Hauses trotz allgemeinen Beförderungstopps eigenmächtig ein höheres Salär verschaffte. Ein anderes Mal ließ sie sich von einer Agentur für 1.500 Euro eine Rede über Grundzüge der Umweltpolitik schreiben. Wiederholt geriet sie wegen teurer Gutachten und Broschüren, aber auch einer verlustreichen Prozesslawine ins Kreuzfeuer der Kritik. Besonders peinlich: Für eine Urlaubsreise nach Süddeutschland stieg Griefahn in Hannover umweltbewusst in den Schnellzug – ihre Koffer ließ sie



Griefahn besichtigt 1996 „schwarze Flecken“ im Watt. Foto: dpa

aber parallel per Dienstwagen an den weit entfernten Zielort bringen. Den damaligen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Jürgen Gansäuer, brachte das „unkonventionelle“ Agieren von Griefahn & Co. schon 1991 derart in Wallung, dass er in einer Sitzung des Landtages wetterte: „Die Spitze des Umweltministeriums gleicht eher einer konspirativen Untergrundorganisation als einer ordnungsgemäßen Landesverwaltung.“

Doch gerade auch außerhalb Niedersachsens fand die forsche Art der einstigen Greenpeace-Aktivistin durchaus Anklang. Wie groß das Ansehen der langmähigen, streitbaren Politikerin war, ließ sich 1994 daran ablesen, dass der damalige SPD-Spitzenkandidat Rudolf Scharping Monika Griefahn als Umwelt- und Landwirtschaftsministerin in sein Schattenkabinett für die Bundestagswahl holte. Zwar verfehlte Scharping die Mehrheit, aber auf Landesebene gab es für die Sozialdemokraten einen Riesenerfolg: Die Partei

wurde mit 44,3 Prozent der Stimmen wieder stärkste Kraft und holte sogar die absolute Mehrheit, weil die FDP aus dem Landtag flog und CDU und Grüne zusammen nur auf 43,8 Prozent kamen. Schröder sah daher keine Veranlassung, das Amt des Umweltministers – worauf die Grünen schon spekuliert hatten – neu zu besetzen.

Monika Griefahn geriet allerdings bald darauf arg in die Bredouille. Im Frühjahr 1995 enthüllte die Bild-Zeitung, dass die Umweltministerin versucht habe, ein von ihrem Ehemann Professor Michael Braungart entwickeltes ökologisches Konzept für die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover durchzudrücken. Griefahn saß seinerzeit für das Land im Aufsichtsrat der Ausstellungsgesellschaft. Die Aufregung war so groß, dass Schröder zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit einen politischen Kunstgriff vollführte. Er beurlaubte Griefahn und beauftragte den früheren Verfassungsrichter Helmut Simon, in einem Gutachten die Frage von Schuld oder Unschuld der Politikerin zu klären. Zwei Monate zuvor hatte sich dieses Instrument schon einmal bewährt. Schröder setzte seinen damaligen Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke vorübergehend ab, nachdem Polizeibeamte schwere Vorwürfe gegen den beliebten, aber bisweilen derb auftretenden Agrarpolitiker erhoben hatten. Nach einem feucht-fröhlichen Ausflug mit seinen deutschen Amtskollegen auf dem Jadebusen hatten Demonstranten ein Anlegen des Schiffes zunächst vereitelt, was Funke in Rage brachte und er den örtlichen Polizisten anlieferte. Voller Verachtung soll er sie beleidigt und dabei auch uriniert haben, die Beamten reagierten mit einer Strafanzeige. Später entschuldigte sich der Minister, die Ordnungshüter zogen ihre Anzeige zurück – und Schröder hievte Funke wieder ins Kabinett.

Bei Monika Griefahn dauerte die Auszeit länger. Am 10. März suspendiert, holte Schröder sie am 5. April wieder zurück, nachdem Simon – wie erhofft – die Umweltministerin vom Vorwurf des „Familienfilzes“ entlastet hatte. Doch

damit war die Affäre keineswegs beendet. Die Opposition hakte nach und setzte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. In 77 Sitzungen ging das Gremium dem Verdacht der Begünstigung nach. Einen Beweis im klassischen Sinne erbrachte die Untersuchung zwar nicht, doch blieben Zweifel, ob wirklich alles koscher war. So hatte Griefahn das Braungart-Aktionsprogramm „2000 Lösungen“ für die Ausgestaltung der Weltausstellung dem damaligen Expo-Chef gleich bei dessen Amtsantritt mit wärmsten Empfehlungen in die Hand gedrückt. Später reichte sie eine an der Koordinierungsstelle der Landesregierung vorbei geschleuste Tischvorlage für den Expo-Aufsichtsrat nach, in der ihr Ministerium die Ideen von Braungarts Institut Epea noch einmal ausdrücklich pries.

Als Epea gleichwohl nicht zum Zuge zu kommen drohte, wurde die holländische Partnerfirma Imsa eingeschaltet, die nun ihrerseits die Braungart-Vorstellungen zu vermarkten versuchte. Eine Besprechung, in der es um die taktische Marschroute des Konsortiums für den Kampf um einen Expo-Auftrag ging, verzeichnete am 6. Juli 1994 als Teilnehmerin auch eine prominente Politikerin: Monika Griefahn. Der ersehnte Auftrag indes blieb aus – und auch eine geschlossene „Verurteilung“ durch den Untersuchungsausschuss. Standhaft hielten die Sozialdemokraten an der Umweltministerin fest. Ohnehin hatte es sich Gerhard Schröder zum Prinzip gemacht, in Bedrängnis geratene Parteigänger nicht auf Drängen von außen fallen zu lassen.

Für eine weitere Amtszeit allerdings wurde Monika Griefahn nicht nominiert. Schröder verschaffte seiner langjährigen Wegbegleiterin 1998 die Direktkandidatur im Bundestagswahlkreis Harburg. Griefahn gewann das Mandat und widmete sich bis zu ihrem Ausscheiden 2009 im höchsten deutschen Parlament der Kulturpolitik. 2010 versuchte sie dann noch einmal, in der Landespolitik Fuß zu fassen und Chefin der Niedersachsen-SPD zu werden. Doch das Manöver misslang.



Foto: Dieter Damschen

UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe

Nach der deutschen Wiedervereinigung haben Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein beschlossen, entlang der Elbe ein länderübergreifendes Großschutzgebiet auszuweisen, um das weitgehend naturnahe Stromtal der Mittelelbe in seiner Gesamtheit zu schützen. 1997 wurde es als UNESCO-Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ anerkannt. Es repräsentiert das Auenökosystem eines mitteleuropäischen Flusses. Diese Anerkennung würdigt die Einmaligkeit, die Qualität und das hohe Entwicklungspotenzial der Flusslandschaft – bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und einer modellhaften Regionalentwicklung.

Das Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ erstreckt sich über 400 Elbe-Kilometer und hat eine Gesamtfläche von 3.430 Quadratkilometern. Auf Niedersachsen entfallen davon 567 Quadratkilometer entlang 95 Stromkilometern. Der hoheitliche Schutz der auf die einzelnen Länder entfallenden Flächenanteile erfolgt nach jeweiligem Landesrecht. Die zuständigen Verwaltungen der fünf Bundesländer arbeiten bei der Gebietsentwicklung zusammen.



Sommer 2011: Umweltminister Hans-Heinrich Sander und Staatssekretär Dr. Stefan Birkner gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenhof des Umweltministeriums.



of des Umweltministeriums.

Foto: Walter Schmidt, NOVUM

„In mühseliger Kleinarbeit hat er die Dinge befriedet“

Wolfgang Jüttner
Umweltminister von 1998 bis 2003

Von Hans Brinkmann

Aus Sicht von Wolfgang Jüttner waren es „sehr lebendige Jahre“, die er von 1998 bis 2003 an der Spitze des Niedersächsischen Umweltministeriums verbrachte. Verglichen mit den Phasen davor und danach steuerte das Ressort unter Jüttners Ägide allerdings in ausgesprochen ruhigem Fahrwasser. Der SPD-Politiker wurde am 21. März 1948 als Sohn eines Eisenbahners und einer Kassiererin in Lüdersfeld im Kreis Schaumburg geboren und wuchs in Hannover auf. Dort absolvierte er auch das Abitur und studierte – nach dreijährigem Dienst bei der Bundeswehr – Politologie, Germanistik und Soziologie. Beruflich betätigte sich Jüttner ab 1976 als Lehrer an der Integrierten Gesamtschule Langenhagen und danach als Dozent an der Heimvolkshochschule Springe. 1986 verschrieb er sich als Landtagsabgeordneter voll und ganz der Politik.

Sein politisches Engagement hatte allerdings schon weit vorher begonnen. 1970 trat Jüttner der SPD bei und machte bei den Jungsozialisten (Jusos) rasch Karriere. So übernahm der Parteilinke 1973 den Vorsitz des Juso-Bezirks Hannover – als Nachfolger des späteren Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Dies bedeutete jedoch nicht, dass Schröder ihm als maßgeblicher Gönner und Förderer den Weg geebnet hätte, eher im Gegenteil. Die Chemie zwischen den beiden grundverschiedenen Typen – hier der hemdsärmelige, machthungrige Schröder, dort der bedächtige, programmatisch orientierte Jüttner – stimmte nie so recht. Womöglich mag dazu auch beigetragen haben, wie manche Zeitgenossen mutmaßten, dass Schröder eine ausgeprägte Abneigung gegen Lehrer pflegte. Einmal tat er sie sogar pauschal als „faule Säcke“ ab. Wiederholt bremste er jedenfalls den Aufstieg des ehrgeizigen Pädagogen. Erst 1993 – Jahre nach dem Aufstieg zum Ministerpräsidenten – überließ Schröder Jüttner den Vorsitz im traditions- und einflussreichen SPD-Bezirk Hannover, den zuvor so prominente Politiker wie Kurt Schumacher, Egon Franke und Peter von Oertzen geführt hatten.

Erst recht zögerte Schröder, den erfahrenen Landespolitiker und Chef der mit Abstand größten Parteigliederung in Niedersachsen in sein Kabinett zu holen. Eine gute Gelegenheit hätte sich zum Beispiel 1994 geboten, als die SPD die absolute Mehrheit gewann und auch über die freigewordenen Kabinettsposten der Grünen verfügen konnte.

Doch Schröder blieb stur. 1998 war es dann aber so weit. Die Sozialdemokraten fuhren bei der Landtagswahl am 1. März einen triumphalen Sieg ein, eroberten 47,9 Prozent der Stimmen und bauten ihre absolute Mehrheit auf 83 Mandate aus – gegen 75 Mandate von CDU und Grünen. Maßgeblich befördert worden war dieses sensationelle Abschneiden durch die Konstellation, dass ein Superergebnis für Schröder die SPD-Kanzlerkandidatur zugunsten des Niedersachsen und zu Lasten des Saarländers Oskar Lafontaine entscheiden konnte. Und so kam es dann auch. Doch bevor Schröder im Herbst nach gewonnener Bundestagswahl die Kanzlerschaft übernahm, galt es erst einmal, das Landeskabinett neu zu ordnen. Und da kam er nun – zumal Monika Griefahn eine neue Herausforderung auf Bundesebene suchte – nicht mehr an Wolfgang Jüttner vorbei. Der Hannoveraner hatte sich als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion profiliert und galt als uneingeschränkt ministrabel.

Der neue Chef in der Archivstraße ließ es nach der Amtsübernahme am 30. März 1998 behutsam angehen. Er krepelte das Ministerium nicht völlig um, auch wenn er mit der Zeit einige Schaltstellen neu besetzte. So erkor er etwa Friederike Witte zur Staatssekretärin, und für den Griefahn-Vertrauten Heinz Davidsohn bestellte er Reinhard Schmalz zum Abteilungsleiter. Jüttner hatte es Davidsohn übel genommen, dass dieser sich 1994 – angeblich in der Hoffnung auf einen Staatssekretärsposten – auf die Seite der Grünen schlug; nun wurde er in die Staatskanzlei versetzt.

Auch inhaltlich ließ es Jüttner moderat angehen. Er verstand sich als „pragmatischer Linker“, dem es erfolgversprechender erschien, Umwelt- und Naturschutz auf kooperative statt auf konfrontative Art voranzubringen. Das schloss gelegentliche Härte in strittigen Punkten nicht aus. So setzte Jüttner verstärkt auf Modelle, die – angefangen mit dem noch unter Griefahn entwickelten Mediationsverfahren zu München – auf eine möglichst einvernehmliche Lösung konfliktträchtiger Probleme im Umweltbereich

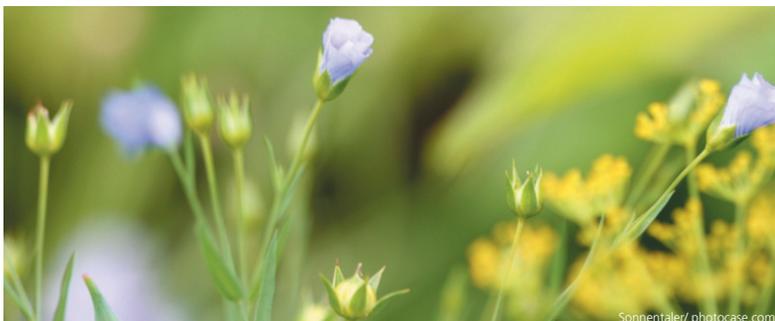


Das Landeskabinett 1998.

Foto: dpa

zielen. Regierungskommissionen unter Einbindung der Wirtschaft kümmerten sich um Vermeidung und Verwertung von Abfällen sowie um eine zukunftsfähige Wasserversorgung. Auch beim Bodenabbau und beim umstrittenen Deichbau-Management sorgten Kooperationen für Entspannung.

Doch auf einem anderen Feld gab es völlig verhärtete Fronten – und das weit über ein Jahrzehnt hinweg. Die Umsetzung der FFH-Richtlinie (Fauna, Flora, Habitat) der Europäischen Union aus dem Jahr 1992 brachte die Landespolitik arg in Bedrängnis. 1998 – passend zu Jüttners Amtsantritt – spitzte sich die Lage zu, weil nun per Bundesgesetz dem EU-Anliegen Nachdruck verliehen wurde, zehn bis 15 Prozent der Landesfläche in zusammenhängenden Gebieten stärker unter Schutz zu stellen. Später drohte Brüssel, bei ausbleibender Meldung geeigneter Gebiete den Hahn bei Förderprogrammen zuzudrehen.



Sonnentaler/ photocase.com

Natura 2000

„Natura 2000“ ist der Titel eines europaweiten Schutzgebietsnetzes, das aufgebaut werden soll, um naturnahe Lebensräume sowie bestandsgefährdete wild lebende Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und gegebenenfalls zu entwickeln. Hierzu hatte bereits der Rat der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1979 eine Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten erlassen. Zum Schutz der übrigen Tierarten sowie von Pflanzen und Lebensräumen folgte im Jahr 1992 dann die FFH-Richtlinie (FFH = Fauna, Flora, Habitat) der Europäischen Union (EU). Diese beiden Richtlinien verfolgen das Ziel, die biologische Vielfalt in Europa zu erhalten. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt. In der FFH-Richtlinie sind die Ziele, die naturschutzfachli-

chen Grundlagen und die Verfahrensvorgaben zur Errichtung des Natura-2000-Netzes genau beschrieben. Auf dieser Grundlage muss jeder EU-Mitgliedsstaat Gebiete benennen, erhalten und gegebenenfalls entwickeln, die für gefährdete Lebensräume und Arten wichtig sind. Niedersachsen hat diese Aufgabe in vollem Umfang erfüllt und insgesamt 385 FFH-Gebietsvorschläge gemeldet und landesweit 71 Areale zu europäischen Vogelschutzgebieten erklärt. Die niedersächsischen Natura-2000-Gebiete umfassen einschließlich des Küstenmeeres innerhalb der 12-Seemeilen-Zone insgesamt 861.900 Hektar. Dies entspricht 16,2 Prozent der Landesfläche Niedersachsens. Für die Sicherung der Natura-2000-Gebiete sind in Niedersachsen die unteren Naturschutzbehörden der Landkreise und Städte zuständig.

Landwirte und Wirtschaftsverbände gingen auf die Barrikaden. An der Ems fürchtete man gar, dass traditionsreichen Unternehmen wie der Meyer-Werft durch Einschränkung der Schifffahrt das Aus drohen könnte. Viel Arbeit für Politiker wie Jüttner, der in einem Fall – in Otterndorf – sogar aufgebrauchte Bürger beschwichtigen musste, die wegen der FFH-Richtlinie schon ihre schicke Freibadanlage den Bach runtergehen sahen. Doch das war nur ein Klacks gegen das, was auf Jüttner mit dem Thema Atom zukommen sollte. Dieses Problem drückte seiner Amtszeit in allen möglichen Facetten den Stempel auf.

Es begann gleich 1998 mit einem Transportskandal. Im Juni stellte sich heraus, dass bei jedem fünften von insgesamt 600 Atomtransporten aus niedersächsischen Kernkraftwerken in französische und englische Wiederaufarbeitungsanlagen die zulässigen Strahlengrenzwerte überschritten wurden. Jüttner wies Versäumnisse der Atomaufsicht zurück und forderte seinerseits den Bund auf, mit gesetzlichen Vorschriften Lücken bei der Meldepflicht zu schließen. In einem ähnlichen Fall kam es Anfang 2000 zu einem noch stärkeren Konflikt zwischen den Umweltministerien in Hannover und Berlin. Damals ging es um manipulierte Sicherheitsnachweise bei Brennelementen aus dem britischen Sellafield, die für den niedersächsischen Atommeiler Unterweser bestimmt waren. Jüttner und Bundesminister Jürgen Trittin bezichtigten sich gegenseitig der zu späten Unternehmung. Schroffer Originalton Trittins im März 2000: „Statt dem BMU [Abkürzung für das Bundesumweltministerium] mangelnde Hellhörigkeit vorzuwerfen, sollte Herr Jüttner die Frage beantworten, warum seine Behörde ihr Wissen nicht bereits im September 1999 an das Bundesumweltministerium weitergegeben hat.“ Ein rauer Umgang, der



Castor-Transport

Foto: dpa

umso erstaunlicher anmutet, als es eben dieser Wolfgang Jüttner war, der zusammen mit der heutigen Grünen-Europaabgeordneten Rebecca Harms nach der Bundestagswahl 1998 als Leiter einer Arbeitsgruppe die energiepolitischen Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen auf Bundesebene vorbereitet hatte. Dies bildete einen wesentlichen Grundstein für den späteren Atomkonsens mit einer schrittweisen Abschaltung von Meilern und einer vorerst auf zehn Jahre ausgesetzten Erkundung des Salzstocks Gorleben.

„Wenn man mich fragt, was der wichtigste Erfolg in meiner politischen Laufbahn gewesen ist, dann war das dieser Beitrag zur Verständigung auf eine Energiewende“, sagt der heute 63-Jährige in der Rückschau. Klug hatte Jüttner seinerzeit in einem viel beachteten Grundsatzpapier klargestellt, dass es „einen sofortigen Totalausstieg aus der Atomenergienutzung in Deutschland nicht geben“ könne – und drei Säulen für einen tragfähigen Ausstieg vorgegeben: Bedingungen, unter denen die Atomkraftwerke befristet betrieben werden können, eine Strategie der Entsorgung des radioaktiven Mülls sowie Maßnahmen zur Förderung von umweltverträglichen Formen der Energieerzeugung.

Doch so weitreichend eine solche Weichenstellung war, sie biss sich mit dem politischen Tagesgeschäft. Denn ungeachtet aller Ausstiegspläne galt es damals, auf der Grundlage des geltenden Rechts Anträge auf neue kerntechnische Anlagen wie etwa das geplante Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle im Schacht Konrad zu bescheiden. Es entwickelte sich ein Schwarze-Peter-Spiel zwischen Berlin und Hannover. Jüttner hoffte vergeblich, dass Trittin die bundesaufsichtlichen Weisungen der vorherigen Umweltminister Angela Merkel und Klaus Töpfer aufheben und so das Projekt in Salzgitter zu Fall bringen würde. Der Grüne fürchtete offenbar, bei willkürlicher Verhinderung eines fachlich einwandfreien Antrags von der Atomwirtschaft in Regress genommen zu werden. Jüttner blieb schließlich keine andere Wahl, als am 22. Mai 2002 grünes Licht für

die ungeliebte Deponie zu geben. Aber ihm gelang es, wenigstens noch in zwei Punkten kleine Nadelstiche zu setzen: So verweigerte er die Anordnung des Sofortvollzugs für den Planfeststellungsbeschluss, was Kritikern langwierige Klagen vor Gericht ermöglichte, und er beschränkte die im Höchstfall einzulagernde Menge auf 303.000 Kubikmeter, weniger als die Hälfte des ursprünglich begehrten Volumens.

Bei einem anderen Atomprojekt, bei dem es nach Jüttners Ausscheiden zum großen Knall kam, biss der Niedersachsen in Berlin ebenfalls auf Granit: Sein Vorstoß, die Schließung der maroden Versuchsdeponie Asse II bei Wolfenbüttel nicht nach Bergrecht, sondern per Atomgesetz abzuwickeln, fand beim Bund als Betreiber kein Gehör. „Da stand eine knallharte Front dagegen“, klagte Jüttner im Untersuchungsausschuss des Landtages über die Ignoranz der eigenen, rot-grünen Bundesregierung. Allerdings, das räumt der SPD-Mann ein, war die Asse seinerzeit auch nicht annähernd so präsent im politischen Alltag wie heute. „Die Asse befand sich im Abwicklungsprozess und spielte eigentlich keine Rolle“, erinnert sich der Exminister an die Zeiten weit vor der alarmierenden Entdeckung radioaktiv verseuchter Laugen. Aber auch schon damals habe er wegen der Unwägbarkeiten der Atompolitik und des jederzeit möglichen Auftretens von Pannen und Fehlern einige Unruhe verspürt, bekennt Jüttner. „Manchmal habe ich mich morgens gefragt: Na, bis du heute Abend noch Minister?“ Und einmal hätte es ihn tatsächlich fast erwischt – aber in einer gänzlich anderen Angelegenheit. Es war 1990, als der SPD-Politiker nach rechtlichen Problemen mit der Ausweisung der Elbtalau zum Nationalpark vorsorglich beim Wattenmeer eine Sicherung einbauen wollte mit der Umwandlung der ursprünglichen Nationalparkverordnung in ein Gesetz.



Wolfgang Jüttner besucht 1999 den Salzstock Gorleben. Foto: dpa

Während des Gesetzgebungsverfahrens gab es plötzlich Aufruhr an der Küste: Die dem Text beigelegten Karten des Gebiets stimmten – vor allem auf den ostfriesischen Inseln – nicht mit der ursprünglichen Kartierung überein. Ein Flüchtigkeitsfehler oder ein mutwilliger Akt? Rücktrittsforderungen wurden laut; nur mit Mühe konnte der Umweltminister am Ende die Kritiker besänftigen und seinen Kopf aus der Schlinge ziehen.

Weniger Fortüne hatte Jüttner beim Schielen nach höheren politischen Weihen. So buhlte er 2001 nach dem Rücktritt des überforderten Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski um dessen Nachfolge. Doch der Hannoveraner musste sich mit 32 gegen 49 Stimmen dem bulligen Fraktionschef Sigmar Gabriel beugen. Der bisweilen unberechenbare Politikstil des Harzers – einmal verkündete er ohne Rücksprache mit seinem Umweltminister in einer Leseraktion der Bild-Zeitung ein schroffes Nein des Landes zum Dosenpfad – mündete 2003 in einem Wahlfiasco. Das beendete auch Jüttners Karriere als Kabinettsmitglied.

„Er hinterlässt ein geordnetes Haus“, bescheinigte ihm danach der in Hannover erscheinende Rundblick. Und weiter: „Er hat es in mühseliger Kleinarbeit geschafft, die Dinge zu befrieden, und selbst mit der Wirtschaft so etwas wie einen Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie zumindest auf den Weg zu bringen.“ Dass er ein Aktivposten in der Regierung gewesen war, schlug sich später noch in herausragenden Funktionen nieder. Wolfgang Jüttner wurde Partei- und Fraktionschef und ging 2008 sogar als SPD-Spitzenkandidat gegen den damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) ins Rennen. Doch die Rückkehr an die Macht misslang.



Foto: TMN

Nationalpark Wattenmeer

Das Wattenmeer ist eins der größten Gezeitengebiete der Welt. Es besteht aus Inseln, Rinnen, Prielen und Platen, die ständig ihre Form und manchmal auch ihre Lage verändern. Das Wattenmeer ist einzigartig. Es ist das einzige Watten- und Inselküstensystem der Welt mit einem gemäßigten Klima und zudem noch weit ausgedehnt. So nutzen jedes Jahr zehn bis zwölf Millionen Zugvögel das Wattenmeer. Ständig leben im Wattenmeer rund 10.000 verschiedene Pflanzen- und Tierarten, an Land und im Wasser.

Seit über 25 Jahren wird das Wattenmeer vor der niedersächsischen Nordseeküste als Nationalpark geschützt. Mit der Novelle des Nationalparkgesetzes vom März 2010 wurde die Fläche auf 345.000 Hektar erweitert. Damit ist das Niedersächsische Wattenmeer der zweitgrößte deutsche Nationalpark. Darüber hinaus wurde das Wattenmeer 2009 in die UNESCO-Liste „Welterbe der Menschheit“ aufgenommen.

„An unserem Umweltminister werden Sie sich die Zähne ausbeißen“

Hans-Heinrich Sander
Umweltminister seit 2003

Von Hans Brinkmann

Den einen gilt er als deplatziert, für andere ist er schlicht Kult: Hans-Heinrich Sander, der vierte Chef im Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, hat es mit acht Amtsjahren inzwischen zum dienstältesten Umweltminister Deutschlands gebracht. Sander wurde am 18. April 1945 als Sohn eines Landwirts in Golmbach im Kreis Holzminden geboren. In die Fußstapfen seines Vaters trat er gleich doppelt: Zum einen ließ er sich ebenfalls zum Bauern ausbilden, zum anderen zog es ihn wie seinen Vater Heinrich, der lange für die FDP im Bundestag saß, in die Politik. Beruflich musste der Erbe eines Obsthofes allerdings früh umsatteln. Bei einem Arbeitsunfall verlor Sander den linken Unterarm; er holte daraufhin das Abitur nach und studierte auf Lehramt. 1973 wurde er in den Schuldienst übernommen. Bis 2002 wirkte er als Rektor der Grund- und Hauptschule in Bevern. Der Liberale, der den Obsthof zusammen mit seiner Frau noch heute im Nebenerwerb betreibt, machte politisch rasch Karriere. 1973 wurde er Mitglied des Golmbacher Gemeinderates und des Kreistages Holzminden. 13 Jahre fungierte er als stellvertretender Landrat; von 2001 bis 2003 bekleidete er das Amt des Bürgermeisters der Samtgemeinde Bevern.

Auch in der Partei wuchs Sander zu einer festen Größe. 1968 in die FDP eingetreten, übernahm er bald Führungsämter und rückte bis zum stellvertretenden Landesvorsitzenden auf. In dieser Funktion gilt er seit Langem als einer der einflussreichsten Köpfe bei den Freien Demokraten und als gewiefter Strippenzieher.

Kein Wunder, dass Sander nach der erfolgreichen Landtagswahl am 2. Februar 2003 eine wichtige Rolle bei der Kabinettsbildung spielte. Fulminant hatten die CDU auf 48,3 Prozent und die Liberalen auf 8,1 Prozent zugelegt, während die SPD nach einem desaströsen Wahlkampf auf 33,4 Prozent abstürzte. Für die bis dahin allein regierenden Sozialdemokraten reichte es nicht einmal mehr zu einem Bündnis mit den Grünen (7,6 Prozent). Schnell wurde klar, dass in der nun bevorstehenden CDU/FDP-Koalition – neben dem als Nummer eins gesetzten Parteichef Walter Hirche – Hans-Heinrich Sander einen Kabinettsposten für die Liberalen übernehmen würde. Für Hirche hatte die Partei logischerweise das Wirtschaftsressort gegriffen; Sander hingegen war eher auf Agrar programmiert. Und das erwies sich als knifflig.

Die CDU beanspruchte diesen Posten vehement für sich, weil sie sich traditionell als Bauernpartei verstand und mit Hans-Heinrich Ehlen einen gestandenen Vertreter dieser Zunft für das Ministerium aufzubieten hatte. Die Liberalen schwenkten um und begehrten nun das artverwandte und ihrer Ansicht nach ebenfalls reichlich Gestaltungsspielraum bietende Umweltressort. Die FDP sah darin auch bundesweit eine Chance, sich auf diesem immer noch jungen Politikfeld zu profilieren. Auf das Umweltministerium war allerdings – mit entsprechender Funktion im Schattenkabinett des CDU-Spitzenkandidaten Christian Wulff – bereits der Oldenburger Christdemokrat Lutz Stratmann fixiert. Doch der musste zurückstecken und auf das Wirtschaftsressort ausweichen. Und so übernahm Sander am 4. März 2003 in der Archivstraße das Kommando.

Er sorgte in jeder Beziehung für anderen Wind – inhaltlich, personell und auch vom Stil her. Anders als sein auf Ausgleich bedachter Vorgänger war Sander darauf erpicht, die Umweltpolitik ganz gezielt neu auszurichten. Insofern hatte er – bei allen Gegensätzen in der Sache – einen ähnlichen Grundantrieb wie zuvor Monika Griefahn: Auch er polarisierte. Doch während die SPD-Frau auf einen Pakt von Staat und Verbänden setzte, um die Ökologie auch gegen Widerstände voranzutreiben, war Sander dieser Ansatz höchst suspekt. Ihm behagte es nicht, welch' großen Einfluss die Umwelt- und Naturschutzverbände auf die Politik des Landes nehmen konnten, und es störte ihn gewaltig, wie machtvoll seiner Ansicht nach die Umweltverwaltung



Der damalige Ministerpräsident Wulff stellt 2003 sein Kabinett vor.
Foto: dpa

„von oben her“ den Umgang mit Wasser, Wald und Boden prägte. Sanders Credo: Pragmatisch vorgehen, Betroffene beteiligen, Bürokratie abbauen. Naturschutz zum Beispiel solle fortan nicht gegen, sondern mit den betroffenen Landbesitzern entwickelt werden.

Typisch für diese Denkweise ist eine der ersten Anordnungen Sanders: Er verfügte, dass sich Mitarbeiter von Naturschutzbehörden des Landes bei der Erfassung von Tier- und Pflanzenbeständen auf Privatgrundstücken vorher bei den Eigentümern anmelden müssen. Zuvor hatten Bauern geklagt, dass sich ohne ihr Wissen unbekannte Personen auf ihren Feldern und Wiesen tummelten. Ein weiteres Beispiel dafür wie Sander die eigene Bürokratie an die Kandare nahm: Er hebelte nach ein paar Monaten eine Verordnung aus, die landesweit nur zwei Brenntage für die Beseitigung von Gartenabfällen erlaubte. Seitdem dürfen Kommunen selbst entscheiden, wann und wie oft sie Brenntage ansetzen.



Foto: Schwadleger/ Zietz

NLWKN

Der Name ist Programm, denn er zählt quasi alle Aufgaben des NLWKN auf: „Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“. Seit 2005 sind die Landesaufgaben der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes komplett beim NLWKN konzentriert. Mit der Direktion in der Stadt Norden (Ostfriesland) und elf Betriebsstellen ist der NLWKN an insgesamt 15 Standorten in ganz Niedersachsen vertreten. Die dezentrale, nicht an Verwaltungsgrenzen gebundene Organisation gewährleistet eine flächendeckende regionale Präsenz und kurze Wege zum nächsten Ansprechpartner.

Konkrete Aufgaben des NLWKN sind die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Projekten und Anlagen der Wasserwirtschaft. Im Zuge dessen warnt der NLWKN vor Sturmfluten und Hochwasser. Aufgabe im Naturschutz ist insbesondere die Sicherung und Entwicklung des europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“. Zu den weiteren praktischen Aufgaben des Landebetriebs gehört die Sicherstellung des fachbehördlichen Strahlenschutzes im Land. Darüber hinaus ermitteln, analysieren und veröffentlichen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umweltbezogene Daten. Hierzu stehen dem NLWKN auch eine Reihe von landeseigenen Laboren zur Verfügung. Außerdem ist der NLWKN Genehmigungs- und Bewilligungsbehörde.

Doch es blieb nicht bei solch kleinen Korrekturen: Der FDP-Mann setzte auch zu großen Schnitten an. So löste er das Landesamt für Ökologie unter massiven Protesten von Opposition und Verbänden auf, verlagerte eine Vielzahl von Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene und fasste restliche Verwaltungsaufgaben in einer neuen Behörde mit dem sperrigen Namen „Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“ (NLWKN) mit Direktion in Norden zusammen. Die Opposition kritisierte das als „Zerschlagung einer funktionierenden Umweltverwaltung“.

Parallel dazu schickte Sander sich an, den Einfluss der Verbände zu stützen. Ob bei der institutionellen Förderung, bei der Besetzung von Gremien, bei der Gestaltung von Beteiligungsrechten oder bei der Neuordnung der Stiftungslandschaft: Stets fühlten sich die bis dahin gehätschelten traditionellen Organisationen ein Stück weit geschwächt. Besonders heftig fielen die Proteste aus, als Sander dafür sorgte, dass bei der Vergabe von Fördermitteln der Bingo-Stiftung in Millionenhöhe die Umwelt- und Naturschutzverbände ihre Dominanz verloren und neben anderen verstärkt auch Jäger und Fischer zum Zuge kamen. Und so geschah es schon mal, dass Verbände in ihrem Zorn zum Boykott aufriefen – etwa bei der Verleihung von Umweltnadeln durch den Minister an verdiente Ehrenamtliche im Naturschutz. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU), dem Sander selbst seit Langem angehört, entzog dem FDP-Politiker sogar die Schirmherrschaft für eine Tour zum 60-jährigen Bestehen des Verbandes.

Die Opposition schoss sich zugleich auf die hausinterne Personalpolitik von Sander ein. „Parteibuchwirtschaft“ wurde ihm unterstellt, weil im Ministerium auf einflussreichen Posten zunehmend Liberale zum Einsatz gelangten



Foto: Peer Frings, fotolia.de

Regierungskommissionen

Seit 1988 setzt die Niedersächsische Landesregierung Regierungskommissionen ein. Die Grundprinzipien der Arbeit von Regierungskommissionen folgen der Leitidee der Pluralität. Daher sollen möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Perspektiven in ihnen vertreten sein, damit die gefassten Beschlüsse möglichst von weiten Teilen der Gesellschaft getragen werden. In den Regierungskommissionen arbeiten daher Vertreter der Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umweltverbände, Kommunalen Spitzenverbände, Stiftungen sowie der Verwaltung mit.

Derzeit arbeitet die 6. Regierungskommission. Sie hat die Aufgabe, die Niedersächsische Landesregierung hinsichtlich der Strategien zum Thema „Energie- und Ressourceneffizienz“ zu beraten und Empfehlungen an Politik und Wirtschaft abzugeben. Die Themen spiegeln konkrete niedersächsische Frage- und Problemstellungen wider, zu denen in Arbeitskreisen Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Im Mittelpunkt steht dabei die nachhaltige Stärkung des Standortes Niedersachsen und in diesem Zusammenhang die Unterstützung der den Standort prägenden kleinen und mittleren Unternehmen. 2008 hat die Landesregierung darüber hinaus die Regierungskommission Klimaschutz eingerichtet. Aufgabe dieses Gremiums ist es, ein grundlegendes praxisnahes Klimaschutzkonzept für Niedersachsen zu entwickeln.

(zum Beispiel drei von fünf Abteilungsleitern), während führende Mitarbeiter mit SPD-Zugehörigkeit wie der frühere Abteilungschef Reinhard Schmalz und die Referatsgruppenleiterin Marita Rickels zurückgestuft wurden. Indes: Mit Almut Kottwitz ist immer noch ein Grünen-Mitglied als Abteilungsleiterin aktiv, und mit Jutta Kremer-Heye greift Sander weiterhin auf die bewährten Dienste der früheren Pressesprecherin des SPD-Umweltministers Wolfgang Jüttner zurück.

Getrennt hat er sich hingegen von einem langjährigen politischen Weggefährten: Christian Eberl (FDP) musste als Staatssekretär seinen Hut nehmen und wurde 2008 durch Stefan Birkner ersetzt. Zuvor hatten CDU und FDP bei der Landtagswahl am 27. Januar ihre Macht souverän verteidigt. 42,5 Prozent der Wähler votierten für die Christdemokraten, 8,2 Prozent für die Liberalen. Die SPD fiel auf 30,3 Prozent zurück, die Grünen landeten bei acht Prozent und die erstmals ins Parlament einrückenden Linken bei 7,1 Prozent. Dabei hatte die Opposition im Wahlkampf einen Schwerpunkt auch auf die Umweltpolitik gelegt und Minister Sander zu einer besonderen Zielscheibe der Kritik erkoren.



Ministerpräsident David McAllister mit dem Landeskabinett 2011.
Foto: EUROMEDIAHOUSE

Und fürwahr: „Futter“ war ihnen vom unorthodoxen und streitbaren Haudegen der FDP mit einigen Eskapaden durchaus geliefert worden. Zum Beispiel durch einen provozierenden Auftritt Sanders bei einer Besichtigung des geplanten Endlagers Schacht Konrad. Der Minister – seit jeher ein Forscher Anhänger der Kernenergie – ließ sich vor Ort mit einem T-Shirt ablichten, auf dem das schwarzgelbe Kernkraftzeichen und die Aufschrift „kerngesund“ prangten – das T-Shirt hatte ihm kurz zuvor der Betriebsratsvorsitzende als Geschenk überreicht. Das sorgte landauf, landab für Empörung. Heute sagt der FDP-Mann selbstkritisch: „Das würde ich nicht mehr machen, weil es die Gefühle vieler Menschen verletzt hat.“

Eine andere Aktion, die sogar noch mehr Wirbel auslöste, betrachtet Sander weiter ungerührt als angemessen. Das eigenmächtige Kappen von Büschen und Bäumen in der Elbtalau. Bei einer Besichtigung vor Ort war dem Umweltminister im November 2006 aufgefallen, dass der zum Schutz vor Überschwemmungen eigentlich notwendige zügige Wasserabfluss durch zu üppiges Grün beeinträchtigt schien. Kurzerhand holte Sander eine Motorkettensäge aus seinem Wagen und köpfte eine Zwillingeweide. Die Aufregung danach war gewaltig. Die Deutsche Umwelthilfe, Sander

seit jeher in tiefer Abneigung verbunden, sprach martialisches von einem „Kettensägen-Massaker“ und strengte ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Naturschutzrecht bei der EU-Kommission in Brüssel an.

Die Untersuchung endete zwar mit einer Einstellung des Verfahrens, doch im politischen Raum sorgte der Fall noch lange für heftige Auseinandersetzungen. So stellte die Opposition im April 2007 einen förmlichen Antrag auf Entlassung des FDP-Politikers. Ein Minister, „der Umweltzerstörung in den Mittelpunkt seiner politischen Arbeit stellt“, sei untragbar, hieß es polemisch. Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel attestierte Sander gar „die ökologische Sensibilität einer Kettensäge“. Das Regierungslager nahm Sander in Schutz. Der damalige Ministerpräsident Christian Wulff stuft den Umweltminister als bürgernahen Praktiker ein, der sich für die Belange der Menschen einsetze und stets um Interessenausgleich bemüht sei. Die „Entbuschung“ an der Elbe habe auch nur dem Ziel gedient, die Fließgeschwindigkeit des Flusses zu erhöhen und so den Hochwasserschutz zu verbessern.

„Sie werden sich an unserem Umweltminister die Zähne ausbeißen“, versicherte seinerzeit FDP-Fraktionschef Philipp Rösler, heute Bundeswirtschaftsminister. Und der inzwischen zum Kultusminister aufgerückte CDU-Abgeordnete Bernd Althusmann hatte zuvor bereits, als es um eine Missbilligung Sanders wegen unflätiger Attacken („korrupte Bande“) auf Vertreter kommunaler Spitzenverbände ging, vollmundig erklärt: „Sander hat in Niedersachsen inzwischen Kultcharakter.“ Diesen Status, den er durchaus in Teilen der Bevölkerung genießt, hat Sander sich aus Sicht seiner Anhänger durch seine unbekümmert direkte Art, aber auch durch unkonventionelles, pragmatisches Handeln und eine ausgeprägte Hilfsbereitschaft verdient. So ist sich der 66-Jährige nicht zu schade, auf dem „kleinen Dienstweg“ auch mal Probleme aufzugreifen, die anderen gering erscheinen. Ein Beispiel: Als es an der Fulda in Südniedersachsen immer wieder Uferabbrüche gab, die Anwohner aber nirgendwo eine zuständige Stelle für Unterstützung fanden, machte Sander kurzerhand einige Tausend Euro im Landesetat locker und sorgte mit Führen von Steinen für eine Befestigung der Flussgestade. Eine kleine Rüge des Rechnungshofs nahm er billigend in Kauf.



140 Kinder mit Umweltminister Sander 2009 im Wattenmeer. Foto: dpa



Foto: Purestock/ gettyimages

Küstenschutz

Der Küsten- und auch der Hochwasserschutz sind vorsorgende Aufgaben. Ohne ist ein dauerhaftes Siedeln und Wirtschaften in den Niederungsgebieten Norddeutschlands und auf den Ostfriesischen Inseln nicht möglich. Rund 6.600 Quadratkilometer – das sind etwa 14 Prozent – von Niedersachsens Landesfläche müssen und werden heute wirksam vor dem „Blanken Hans“ geschützt – für die 1,2 Millionen Menschen, die in den Küstengebieten leben. Heute stellen mehr als 1.100 Kilometer Deiche von bis zu neun Metern Höhe, Schutzdünen auf knapp 100 Kilometern Küstenlänge und zahlreiche Sperrwerke den Sturmflutschutz sicher.

Die großen Fortschritte im Küsten- und Hochwasserschutz in den vergangenen Jahrzehnten waren nur möglich, weil das Land kontinuierlich in die Verbesserung der Schutzeinrichtungen investiert. Seit 1955 sind knapp zweieinhalb Milliarden Euro geflossen in Projekte vielerorts entlang der

Küste, aber auch in Großprojekte wie die Baumaßnahmen an der Leybucht, den Bau des Emssperwerkes und die aktuell erfolgende Verkürzung der Deichlinie in Cuxhaven. Im Küstenschutz setzt die Landesregierung neben hoheitlichem Handeln vor allem auf die Eigenverantwortung der Menschen, die in Deichverbänden zusammengeschlossen sind. Das Deichwesen ist damit eine Selbstverwaltungsaufgabe der Deichverbände von Papenburg-Herbrum an der Ems über Jade und Weser bis zur Staustufe Geesthacht in der Elbe. Ohne die tatkräftige Arbeit der Verbände wären die Erfolge im Küstenschutz nicht möglich gewesen. Aber auch ein guter Schutz bleibt immer relativ. Deshalb bleibt die stete Aufgabe, den Schutz weiter zu verbessern. Das Land entwickelt hierfür langfristige Strategien und setzt Prioritäten, um die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der erforderlichen Maßnahmen in enger Abstimmung mit den Trägern der Deicherhaltung zu gewährleisten.



Hochwasser in Niedersachsen - Umweltminister Sander 2006 in der Altstadt von Hitzacker. Foto: dpa

Mit großem persönlichem Einsatz kämpfte Sander auch dafür, vom Hochwasser geplagten Elbanrainern zu helfen. So drückte er durch, dass in Hitzacker mit Millionenaufwand eine Schutzmauer um die malerische Altstadt gezogen wurde, und im kleinen Alt-Garge brachte er zur Freude der Bewohner im Alleingang ein Deichbauprojekt auf den Weg. „Da ist Herzblut drin“ bekennt Sander, der sich ausgerechnet nach erfolgreicher Bekämpfung der letzten großen Flut mit einem Vorstoß der SPD für einen Untersuchungsausschuss konfrontiert sah. Doch die Sozialdemokraten machten flugs einen Rückzieher, zumal die Jungen Liberalen feixten, dass ausgerechnet Oppositionsführer Jüttner während des Großeinsatzes an der Elbe schnorchelnd in der Karibik abgetaucht war.

Freunde weiß der FDP-Politiker nicht zuletzt in den Reihen der Landwirte, Jäger und Fischer. Sie betrachtet er mehr als alle Verbandsfunktionäre als wahre Hüter von Umwelt und Natur. Entsprechend umgarnt er sie, bisweilen zum Argwohn der Christdemokraten: „Der wildert bei unserer Klientel“, hört man gerade in Wahlkampfzeiten oft aus Kreisen der Union über den liberalen „Stimmenfänger“. Immerhin, einige Kooperationen haben Früchte getragen, etwa die Zusammenarbeit mit den Jägern bei der Wiedersiedlung von Luchsen im Harz oder bei der angepeilten Rückkehr des Wolfes in heimische Gefilde. Überhaupt: Solche und andere Erfolge herauszustellen entspricht mehr

Sanders Naturell als das Fixieren auf Probleme. Kennzeichnend: Seit 2006 veröffentlicht der Umweltminister „weiße Listen“ mit dem Nachweis positiver Bestandsentwicklungen bei bedrohten Vogelarten sowie Säugetieren – ein Kontrapunkt zur üblichen „roten Liste“ gefährdeter Tiere und Pflanzen. Auf der Habenseite verbucht der FDP-Minister auf jeden Fall die nach vielen Mühen gelungene Zusammenführung der beiden Nationalparks im Harz. Gleiches gilt für die 2009 erfolgte Aufwertung des Nationalparks Wattenmeer durch die Aufnahme in die UNESCO-Liste des „Welterbe der Menschheit“.

Doch was wäre ein Niedersächsischer Umweltminister ohne das leidige Thema Atom? Auch Sander, der sich nach eigenem Bekenntnis anfangs noch per Schnellkurs in dieses Feld einarbeiten musste („So viel wie da habe ich in vier Wochen noch nie gelernt“), wurde Mitte 2008 kalt erwischt vom Asse-Skandal. Aus einem Zeitungsbericht wurde bekannt, dass in dem maroden Lager für schwach- und mittelaktive Atomabfälle radioaktiv belastete Laugen ausgetreten waren. Ein Alarmsignal, denn dies deutete auf Lecks unter den 126.000 Fässern in dem vom Einsturz bedrohten ehemaligen Salzbergwerk hin. Politisch brisant: Im zuständigen Umweltministerium in Hannover wusste man zunächst von nichts. Die Wogen schlugen hoch; erst nach umfangreichen Recherchen konnte in einem sogenannten Statusbericht die Sachlage geklärt werden. Es stellte sich heraus, dass das Helmholtz-Zentrum als Betreiber und das Landesbergamt als unmittelbare Aufsichtsbehörde schon geraume Zeit von den Vorgängen wussten und sogar kontaminierte Laugen eigenmächtig und offenbar ohne rechtliche Erlaubnis in tiefere Schichten abgeleitet hatten.

Es begann eine turbulente Phase, die gerade auch für das Landesumweltministerium eine enorme Herausforderung darstellte. Und es hagelte Konsequenzen: Die bisherige Konstruktion der Trägerschaft wurde – übrigens in ungewöhntem Zusammenwirken der beiden Umweltminister Sander (Land) und Sigmar Gabriel (Bund) – komplett aufgegeben. Anstatt des Bundesforschungsministeriums übernahm das Bundesumweltministerium die Zuständigkeit für die Asse. Der bisherige Betreiber Helmholtz-Zentrum bekam den Laufpass, es rückte das Bundesamt für Strahlenschutz

nach. Das wiederum verwarf den ursprünglich verfolgten Plan, das Bergwerk zwecks Dauerstilllegung zu fluten. Als neues Ziel wurde die Rückholung des radioaktiven Inventars unter Anwendung des Atomrechts ausgegeben.

Um zu klären, wer für das Desaster um die Asse die Verantwortung trägt, setzte die Opposition nach anfänglichem Zögern der SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss durch. Dieser lud als Zeugen auch drei der bisherigen Umweltminister Niedersachsens – und die pochten unisono darauf, in ihrer Amtszeit keine Versäumnisse mit Blick auf die Asse begangen zu haben. Doch während SPD, Grüne und Linke den Deponieskandal zum Anlass nahmen, Salz generell die Eignung als Endlagermedium abzuspüren und einen forcierten Ausstieg aus der Atomkraft zu fordern, hielt Sander zunächst unbeirrt am Projekt Gorleben fest, und er kämpfte auch unverdrossen für die zwischenzeitlich wieder einkassierte Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke.

Wie er mit der eigenen politischen Laufzeit umgehen will, lässt der mit acht Dienstjahren bundesweit zum Rekordminister aufgestiegene Liberale indes offen. Fest steht



Hans Brinkmann ist Journalist und seit 1988 landespolitischer Korrespondent der Neuen Osnabrücker Zeitung.



Tag des Baumes 2008: Umweltminister Sander übergibt je einen Walnussbaum an Landtagspräsident Dinkla sowie Ministerpräsident Wulff. Foto: dpa

allerdings schon jetzt, dass Hans-Heinrich Sander an jedes Amtsjahr tief wurzelnde Erinnerungen behält: Seit Dienstbeginn 2003 hat er stets zwei Dutzend Exemplare vom jeweiligen „Baum des Jahres“ erworben und die meisten davon in Garten, Wald und Feldesrand gepflanzt – Ebereschen, Walnuss, Wildkirschen oder auch Schwarzpappe als lebendiger Nachlass einer ausgedehnten Ära als Umweltminister.

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

... ist eins von neun Ministerien in der Niedersächsischen Landesregierung und mit 25 Jahren das jüngste Ministerium in Niedersachsen. Heute arbeiten 336 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Archivstraße 2. Zu den vielfältigen Themen des Umweltministeriums zählen Wasserwirtschaft und Küstenschutz, Hochwasser- und Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz, Energie sowie der Naturschutz. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Havariekommando in Cuxhaven tätig. Diese gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer ist zuständig für ein gemeinsames Unfallmanagement auf Nord- und Ostsee.

Hinzugekommen ist noch das Thema Klimaschutz, dessen Bedeutung so hoch ist, dass das Niedersächsische Umweltministerium im Jahr 2008 umbenannt wurde und seitdem „Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz“ heißt. Bereits seit seiner Gründung ist das Umweltministerium überdies die atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die kerntechnischen Anlagen in Niedersachsen und damit zuständig für die Überwachung der Sicherheit der Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen sowie für die Überwachung der Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Bei der Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben wird das Umweltministerium von rund 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den ihm nachgeordneten Behörden unterstützt. Dazu gehören der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

(NLWKN) mit seinem Hauptsitz in Norden und landesweit elf Betriebsstellen, insgesamt zehn Gewerbeaufsichtsamter, verteilt über ganz Niedersachsen, der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer mit Sitz in Wilhelmshaven und der Nationalpark Harz mit Sitz in Wernigerode – außerdem das Biosphärenreservat Elbtalau mit Sitz in Hitzacker sowie die Alfred-Toepfer Akademie für Naturschutz in Schneverdingen.

Darüber hinaus hat das Ministerium die Fachaufsicht über weitere Behörden, soweit sie Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des Umweltministeriums wahrnehmen. So zum Beispiel über das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) bei der Hydrogeologie und der Überwachung von Altlasten sowie in Fragen des Bergrechts, soweit es im Zusammenhang mit Anlagen zur Lagerung und Behandlung radioaktiver Stoffe angewendet wird. Seit dem 1. Januar 2005 übt das Ministerium für Umwelt und Klimaschutz zudem direkt die Fachaufsicht über die Landkreise, die Region Hannover sowie die kreisfreien und großen selbstständigen Städte aus, soweit es um die Fachbereiche Natur- und Wasserschutz, Immissions- und Bodenschutz sowie um Abfall geht. Und schließlich befinden sich im Ministerium noch die Geschäftsstelle der Niedersächsischen Wattenmeerstiftung sowie die Koordinierungsstelle des Portal U Deutschland.

Weitere Informationen über das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz gibt es auf den Seiten des Ministeriums im Internet: www.umwelt.niedersachsen.de



Foto: ant236/fotolia.de

Innenleben

Was die Chronisten nicht aufgeschrieben haben:
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erinnern sich

Am Anfang falsch verbunden

Sehr früh an einem Morgen Ende April des Jahres 1986: Bei einem Kollegen aus der damals noch im Landwirtschaftsministerium angesiedelten Wasserwirtschaft klingelt das Telefon. Eine besorgte Mutter will wissen, ob sie ihre Kinder noch zum Spielen nach draußen schicken könne. Sie habe von einem Atomunfall in der Ukraine gehört. Davon habe er noch nichts gehört, lautet die Antwort. Und warum rufe sie ausgerechnet ihn an, er befasse sich eigentlich mit ganz anderen Themen. Von der Anruferin erfährt der Kollege Einzelheiten über die Katastrophe in Tschernobyl. Er antwortet schließlich, dass er auch Kinder hätte und seine Frau angewiesen habe, das Spielen im Sandkasten bis auf Weiteres zu unterbinden. Eine Notlüge. Aber die Anruferin scheint damit sehr zufrieden zu sein und bedankt sich für die Auskunft. Den ganzen Vormittag lang folgen weitere Anrufe, die der Wasserbauingenieur zwar nach „bestem Gewissen“, aber „ohne Ahnung“ beantwortet. Später stellt sich heraus, dass die Landesregierung eine Hotline für Fragen zu Tschernobyl geschaltet hatte, in die einige Mitarbeiter aus den Wasserwirtschaftsreferaten des Landwirtschaftsministeriums aus Versehen und vor allem ohne ihr Wissen eingebunden worden waren.

44

Versetzt, aber wohin

Die Landesregierung fasst den Beschluss, eine Reihe von Mitarbeitern aus dem Landwirtschaftsministerium in ein neu zu gründendes Umweltministerium umzusetzen. Der bisherige Landwirtschaftsminister Gerhard Glup dankt ab, und der ehemalige Finanzminister Burkhard Ritz übernimmt das Amt. In seiner Antrittsrede macht er deutlich, dass er die betreffenden Kollegen so schnell wie möglich loswerden wolle, nicht zuletzt, weil man dringend Büroräume brauche. Von Stund an bekommen die betroffenen Kollegen in ihren Büros häufig Besuch von Mitarbeitern aus anderen Abteilungen, die schon einmal die Räumlichkeiten inspizieren wollen. Gerüchteweise soll es außerdem ein nicht nachvollziehbares Verfahren geben, wonach festgelegt wird, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Abteilungen man bei dieser Gelegenheit ebenfalls loswerden könne – über den Erfolg ist nichts bekannt. Schließlich bleiben den Kollegen ihre alten Büroräume wider Erwarten doch etwas länger erhalten, weil es nach Erhalt der Versetzungsverfügungen – unterzeichnet von einem gewissen Herrn Lindemann „mit Dank für die geleistete Arbeit“ – im neuen Dienstgebäude in der Archivstraße 2 noch gar keine freien Räume gibt. Selbst Niedersachsens erster Umweltminister Werner Remmers muss sein Büro zunächst an abgelegener Stelle im 2. Stock einrichten, weil der überwiegende Teil des Hauses der Renovierung bedarf. Der neu gewählte Personalrat fordert in seinem ersten Informationsschreiben im Januar 1987, dass binnen drei Jahren die Unterbringung aller Kollegen sichergestellt werden solle.

Bodenständig und zukunftsgerichtet

Die Renovierungsarbeiten am Dienstgebäude dauern mehrere Jahre, vor allem, weil umfangreiche Arbeiten am Fundament notwendig sind. So müssen die freistehenden Eichenpfähle unter dem Gebäude nach dem Trockenlegen des alten Leinernes, der vorher unmittelbar an das Regierungsgebäude angrenzt hatte, nachträglich durch ein Betonfundament ergänzt werden. Im Innenhof werden unter provisorischen Zelt-dächern dieselbetriebene Maschinen aufgestellt, die über die Dauer mehrerer Wochen Tausende Tonnen Beton ins Fundament verpressen. Ein Vorgang, der jeden seiner Konzentration beraubt, der noch nie einen Wasserschaden im eigenen Keller maschinell trocken durfte oder der Vorbeifahrt einer Kompanie Kampfpanzer im Vorgarten beigewohnt hat.

Als ein bis dato ungenutzter Kellerraum im Gebäude ausgeräumt wird, kommen verschollen geglaubte Teile eines Baus des bekannten Hannoverschen Stadtplaners und Architekten Georg Ludwig Friedrich Laves zum Vorschein: Das Friederikenschlösschen. Dieses im Jahre 1817 erbaute Stadtschloss hatte das Schicksal der Garnisonskirche am Goetheplatz und der Wasserkunst am Landtag geteilt und war 1966 abgerissen worden. Danach waren einige Teile im jetzigen Umweltministerium aufbewahrt worden. Die damalige Bezirksregierung hatte Anweisung gegeben, die Teile vorher zu katalogisieren, was aber nicht geschehen war und wodurch die mehr oder weniger gut erhaltenen Bruchstücke in Vergessenheit geraten waren. Den Fund bekommt das Historische Museum Hannover, er dient einer Inszenierung mit dem prägnanten Titel „Trümmerhaufen“.

Das Gebäude des Umweltministeriums wird zu Beginn häufig noch „Altes Archiv“ genannt. Ein Umstand, den ein interessierter und aufmerksamer Bürger in einem Brief an die neue Behörde als „Quatsch mit Traditionssöße“ beschreibt. Er schlägt vor, dass man es besser „Alte Regierung“ nennen solle. Der damals zuständige Kollege entgegnet schriftlich, dass Volksmund und Sprachgebrauch beim Namen des Gebäudes „mindestens mittelfristig“ die Nutzung als Dienstgebäude des Umweltministeriums berücksichtigen würden.

Ministerial, aber jovial

Auftretende Überschneidungen der Themen des jungen Ministeriums mit den Interessensphären anderer Häuser werden in den ersten Jahren unter anderem von den drei großen B behandelt – drei leitenden Ministerialbeamten, die in verantwortungsvoller Position in Umwelt-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium eingesetzt sind. Wegen seiner ausgeprägten Kompetenz und Erfahrung, gepaart mit dem gewissen ministerialen Habitus wird der Beamte aus dem Umweltministerium in der Nordwest-Zeitung – es ging um eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu den Umweltbelastungen aus der Metaleurop-Hütte in Friedrich-August-Hütte – leicht spöttisch beschrieben: „Der joviale B., den man eher im Kölner Karnevalspräsidium denn in der Ministerialbürokratie vermutet.“

Die zu Weihnachten 1990 von der Hausleitung angekündigte „Anpassung der Organisation“ an die „neue Umweltpolitik“ bedeutete für das Umweltministerium im Wesentlichen eine Verstärkung des Personals um rund 170 Mitarbeiter, darunter viele neue Kolleginnen und Kollegen in Batik-T-Shirts und Sandalen – von der Traditionslinie der drei großen B so weit entfernt „wie ein Vegetarier vom All-you-can-eat-Buffer im Steakhaus.“

Präzise geplant

Für Heiterkeit sorgt eine an alle Abteilungsleitungen und das Ministerbüro verschickte Hausmitteilung von Staatssekretär Reinke. Darin übermittelt er einen präzisen persönlichen Arbeits- und Zeitplan mit der Bitte um Einhaltung: „Bis 9.00 Uhr: Für keinen Menschen zu sprechen (Ausnahme: Minister, Staatssekretäre, Ehefrau). 9.00 bis 9.30 Uhr: Nur Telefonate. 9.30 bis 12.30 Uhr: Besprechungen, Ende pünktlich. 12.30 bis 14.00 Uhr: Pause und Arbeitszeit, keine Störungen (Ausnahme: Ehefrau, Minister, Staatssekretäre). 14.00 bis 15.00 Uhr: Wenn nötig, Zeit für Telefonate, keine Besprechungen. 15.00 bis 18.00 Uhr: Besprechungen und Telefonate.“

45

Berufskennnisse

... die Tätigkeit als Politiker stellt keine berufliche Tätigkeit im Sinne des Einkommensteuerrechts dar. Denn ein Beruf im Sinne des Einkommensteuerrechts liegt nur bei einer Erwerbsstellung auf Grund bestimmter Kenntnisse vor. Tätigkeiten, die keine festumrisene Kenntnisse voraussetzen, stellen keine berufliche Tätigkeit im einkommensteuerrechtlichen Sinne dar. Hierzu gehört auch die Tätigkeit eines Ministers bzw. Abgeordneten.“

(Aus einem Urteil des Niedersächsischen Finanzgerichts gegen einen Chemotechniker, der erfolglos die Kosten für drei Fortbildungsveranstaltungen von der Steuer absetzen wollte und argumentierte, er habe das Berufsziel Minister oder Abgeordneter und müsse daher zuvor solche Kurse besuchen.)

p. s.

Rundblick aus der Zeit der Gründung des Umweltministeriums.

Als „Staatsvertrag“ besiegelt

Die Neubesetzung von Schlüsselpositionen Anfang der 1990er Jahre läuft nicht ohne Spannungen. Als ein Referat zur Abfallvermeidung mit dem bisherigen Referenten für nukleare Entsorgung geschaffen wird, kommt es zu erheblichen Konflikten mit dem Referat für Sonderabfälle. Aus zwei Gründen: Die Arbeitsbereiche des neuen Referats sind noch nicht definiert und dazu kommt wohl auch der Wunsch handelnder Personen, sich vor den Kollegen und vor allem der neuen Hausleitung „darzustellen“. Nach langen Auseinandersetzungen schließen die Referate eine von beiden Referatsleitern unterzeichnete Vereinbarung, die als „Staatsvertrag“ die Runde über die Hausflure macht.

Tierisch

Dem wachen Auge des Hauptbüros im neuen Ministerium entgeht nicht die erste Meerschweinchenzucht der Landesverwaltung, die nach wenigen Wochen ohne Angabe von Gründen verboten wird. Seitdem geht es kaum mehr tierisch zu im Umweltministerium. Man trifft nur noch gelegentlich auf ein zierliches Exemplar der Familie der Canidae, das sich vor allem – ebenso wie Frauchen – durch sein ausgeprägtes Modebewusstsein auszeichnet.

In einer inzwischen nicht mehr vorhandenen Akazie im Innenhof hatte sich einst eine Krähe in einem Faden verfangen. Sie machte durch erbärmliches Krächzen auf sich aufmerksam. Deshalb schreitet ein selbsternannter Artenschützer zur Tat, er will das arme Geschöpf befreien.

Sein erster Ansprechpartner ist die Feuerwehr, die – weil der Leiterwagen nicht durch die Toreinfahrt passt – versuchen soll, das Vogelnest mit einem gezielten Wasserstrahl anzuheben. Das Ganze aus dem Fenster des am nächsten gelegenen Büros eines Kollegen. Als Löschwagen und -mannschaft eingetroffen sind und der Schlauch bis in den zweiten Stock verlegt ist, kommt der Funkbefehl „Wasser marsch!“ offensichtlich ausgerechnet für den am Schlauchende eingesetzten Truppführer zu überraschend, sodass ihm der Schlauch entgleitet und das Büro des just an diesem Tage abwesenden Kollegen geflutet wird. Daraufhin werden der Brandmeister und dessen Mitarbeiter unter „rauen“ Bemerkungen des Initiators gebeten, das Gebäude schnellstmöglich zu verlassen. Nun soll der damalige Kreislägermeister den Faden mit einem gezielten Schuss durchtrennen – natürlich ebenfalls aus dem Büro des abwesenden Kollegen. Also wird das Gewehr geladen, der Fenstergriff als Anschlag genutzt und auf das schmale Ziel angehalten. Als nach dreimaligem Versuch immer noch kein Schuss bricht, fällt dem Waidmann auf, dass sein Gewehr nicht entschert ist. Daraufhin wird auch er, begleitet von einer neuerlichen Tirade des Kollegen, zum sofortigen Verlassen des Dienstgebäudes aufgefordert. In diesem Moment krächzen nur noch die Vogeleltern, denn der kleine Vogel hat die Aufregung zwischenzeitlich mit dem Leben bezahlt. Die dem Büroinhaber hinterlassene Notiz lautet: „Lieber S., am Montag werde ich versuchen, Dir dieses Chaos zu erklären!“ Die Akazie kippt später bei einem Sturm – auf drei im Innenhof geparkte Polizeifahrzeuge, die daraufhin verschrottet werden müssen.

Neu und ganz anders

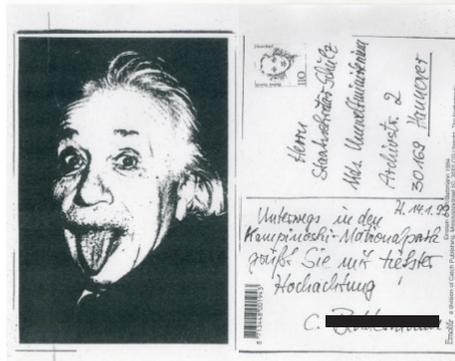
Die neue Chefin Monika Griefahn stürzt zu Beginn ihrer Amtszeit erwartungsgemäß die „Festung Atomabteilung“. Der vormalige Sicherheitsbereich, der für einzelne Kollegen nur mit Chipkarten zu betreten war, wird „geöffnet“ und das bemerkenswert große, maßstabsgetreue Modell eines Kernkraftwerkes mit seinen vielen elektrischen Funktionen aus dem 2. Stock verbannt. Ein Baudirektor aus dem Referat für Sonderthemen wie Altöl, Batterien, Verpackungen, den Kollegen gern als „Beamten der alten Schule“ beschreiben, legt sich mit der Behördenleitung wegen einer großen Landkarte an, die seit Jahrzehnten ebenfalls im Flur des 2. Obergeschosses hängt und Deutschland in den Grenzen vor 1945 zeigt. Das Bild muss ebenso wie das Kernkraftwerkmodell verschwinden.

In einem Brief an alte Mitstreiter äußert Ministerin Griefahn, dass man gezwungen sei „nach wie vor mit den alten Leuten und all den damit verbundenen Problemen arbeiten zu müssen“. Die Reaktion der entrüsteten Beamten erfolgt prompt. In einem Schreiben an die Hausleitung ist von „tiefer Bestürzung“ und „Verunsicherung“ die Rede. Die Presse – mit der Bild Hannover an der Spitze – greift die Geschichte dankbar auf und titelt: „Rebellion im Umweltministerium.“ Griefahns Sprecherin äußert daraufhin, dass die Ministerin niemanden habe persönlich angreifen wollen und man deshalb den „anstehenden Betriebsausflug“ nutzen wolle, um wieder „Frieden zu stiften“. Staatssekretär Bulle wird etwas später in der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung dahingehend zitiert, dass die „unverblümete Ausdrucksform“ der Chefin „erfrischend“ sei. Man wolle sich dem offenkundigen „Defizit“ durch „mehr Motivieren“ annehmen, nicht zuletzt, weil man „eine ganze Abteilung wohl nicht austauschen könne“.

Zurückgepiffen

Staatssekretär Schulz muss einen Mitarbeiter zurückpfeifen und sich bei der Stadt Diepholz entschuldigen. Denn dieser hatte einer dienstlichen Antwort an die Stadtverwaltung die Kopie eines Schildbürgerstreiches beigefügt. Auslöser war ein Bittbrief aus Diepholz, wegen einer Saatkrähnenplage solle das Ministerium den Einsatz von abgerichteten Falken genehmigen. In der Antwort des Referenten heißt es: „Im erbitterten Ringen mit den Saatkrähen“ setze Diepholz „ganz offensichtlich auf Sieg“. Der Antrag sei an die zuständige Bezirksregierung weitergeleitet worden. Der Beamte schrieb schließlich noch: „Achtung! Vorsicht beim Einsatz von Falken! Die Erfahrungen der Kollegen in Schilda mit dem Maushund sollten Ihnen eine Lehre und Mahnung zugleich sein.“ Als Anlage beigefügt erhielt die Stadt Diepholz die Fabel „Die Bürger von Schilda und der Maushund“ in der geschildert wird, was den Schildbürgern einst widerfahren war, als diese unter zu vielen Mäusen litten, da das Halten von Katzen verboten war: Zur Lösung der Mäuseplage verkauft ein gewitzter Wandersmann den Schildbürgern einen „Maushund“ – in Wahrheit ist es eine Katze. Auf die Frage, was das Tier fresse, ruft der Wandersmann: „Was man ihm beut.“ Die Schildbürger verstehen jedoch „Vieh und Leut“, versuchen vor Schreck, den Maushund zu töten, brennen dabei versehentlich ihre Stadt ab und wohnen fortan im Wald. Der Ministeriums-Mitarbeiter schrieb dazu: „In ähnlich verzweifelter Lage“ seien jetzt offensichtlich die Diepholzer.

Als ein „Lieblingsmitarbeiter“ bei Staatssekretär Schulz Mitte der 1990er Jahre eine Dienstreise zu einer „wichtigen, grenzüberschreitenden abfallwirtschaftlichen Obliegenheit“ – es ging um die Wiederverwertung von toten Walen – in den osteuropäischen Raum beantragt, genehmigt dieser die Reise – allerdings nur die Hinfahrt. Als dem Mitarbeiter wenig später abermals eine Dienstreise in den Osten verweigert wird, reist er auf eigene Faust. Von dort schickt er dem Staatssekretär „mit tiefster Hochachtung“ eine Postkarte. Sie zeigt: Albert Einstein mit seiner berühmten Zunge.



Wer zuletzt lacht ...

Das Ministerium wird 2008 um die schriftliche Beantwortung einer Landtagsanfrage unter dem Titel „Lärmbelästigung durch lautes Lachen?“ gebeten. Grundlage war ein Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung über das „traurige Schicksal“ eines Mannes, der gegen Mitternacht so lange und so laut lachte, dass ein Nachbar die Polizei verständigte. Der Mann musste eine Anzeige wegen erheblicher Lärmbelästigung hinnehmen. Im Namen der Landesregierung mit „Nein“ beantwortet der Mitarbeiter folgende Fragen nach:

1. Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz, obwohl Lachen als „die beste Medizin“ gelte,
2. der Gefahr einer Bußgeldverhängung gegenüber der Landesregierung selbst, weil diese Niedersachsen häufig als das „Land des Lächelns“ bezeichnet, und
3. der Notwendigkeit zur Einsetzung eines „Runden Tisches zur Lachprävention“.



Der damalige Hauptbüroleiter, Hartmut Lukat, mit einem der im Keller gefundenen Teile des Friederikenschlosschens.

Foto: Udo Heuer/HAZ

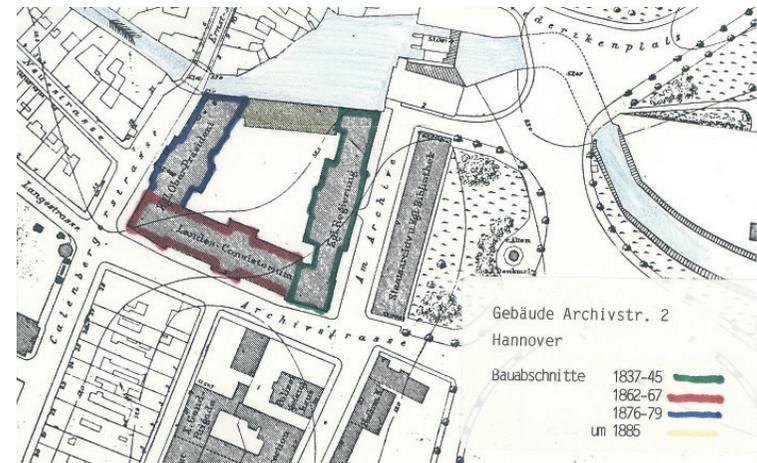
Denkmal Umweltministerium

Anfang des 19. Jahrhunderts kaufte die damalige Regierung an der Archivstraße und an der Calenberger Straße liegende einzelne Gebäude auf, um darin das Königlich Hannoversche Finanzministerium unterzubringen. 1837 begann die eigentliche Bautätigkeit, und binnen 42 Jahren wurde die heute noch bestehende Vierflügelanlage geschaffen. Der Entwurf zu dem Gebäudekomplex stammt von dem Architekten Hermann Hunaeus (* 12. April 1812 in Clausthal, † 5. September 1893 in Bad Lauterberg). Hunaeus war 1836 als Kriegsbaumeister nach Hannover gekommen. Er wird der Hannoverschen Architekturschule zugerechnet.

Zunächst (1837 bis 1840) wurde an einem Seitenarm der Leine der weniger repräsentative Ostflügel gebaut. Erst nach Anlage des Leinizufers Anfang der 1850er Jahre wurde der Leineflügel zur Vorderseite des Regierungsgebäudes. Der Südflügel an der Straße Am Archiv entstand zwischen 1841 und 1846. Er wurde – wie auch der nachfolgend gebaute Westflügel – im „Hannoverschen Rundbogenstil“ errichtet. Der Südflügel war seinerzeit das größte Gebäude dieser Stilart des Historismus in Hannover. Der Westflügel entstand im dritten Bauabschnitt (1862 bis 1867) an der Archivstraße. Dort ist heute das Hauptportal. Der Nordriegel mit seiner Natursandsteinfassade an der Calenberger Straße wurde zuletzt gebaut, von 1876 bis 1879, als Hannover schon preußische Provinz war. Im Giebel befindet sich – der Zeit entsprechend – in einem Tondo der Reichsadler. Im Zweiten Weltkrieg wurden der West- und

der Nordflügel bei einem Luftangriff in der Nacht auf den 9. Oktober 1943 stark beschädigt. Insbesondere am Westflügel sind die Minenschäden an der Fassade noch heute deutlich zu erkennen. Der Wiederaufbau erfolgte von 1945 bis 1951. Heute steht das Gebäude unter Denkmalschutz. Zwischen 1989 und 1996 wurde es grundsanitiert. Schwierig dabei war vor allem, dass das Bauwerk auf Eichenpfählen ruhte, die im Leineschlick und Grundwasser standen. Zur Sicherung wurden viele Kubikmeter Beton ins Fundament verpresst.

Im Königreich Hannover waren in dem eigens errichteten Regierungsgebäude die Hannoversche Domänen- und Forstverwaltung sowie die Generaldirektion des Wasserbaus und ein Teil des Finanzministeriums untergebracht. Später kam auch das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten hinzu. So wurde in diesem Gebäude am 15. Juni 1866 auch die preußische Kriegserklärung an Österreich übergeben. Im folgenden Deutschen Krieg wurde das Königreich Hannover durch Preußen annektiert. Nach 1866 zogen der Oberpräsident der Preußischen Provinz Hannover und die Landdrostei Hannover ein. Nach 1945 wurde das Gebäude zunächst vorübergehend noch vom Oberpräsidenten und nach Gründung des Landes Niedersachsen dann nur noch vom Hannoverschen Regierungspräsidenten (ab 1978 Bezirksregierung) genutzt. Seit 1986 beherbergt es das Niedersächsische Umweltministerium. Im Februar 2008 wurde es umbenannt in: Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz.



Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt und Klimaschutz
Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Archivstraße 2, 30169 Hannover

Redaktion: Jutta Kremer-Heye (v.i.S.d.P.)
Inka Burow
Niklas Grebe

Gestaltung und Layout: Justina Lethen
Monika Runge

Titelfoto: Jade Brookbank, gettyimages

15. Juli 2011

poststelle@mu.niedersachsen.de
www.umwelt.niedersachsen.de